98-84333-17

Allendorf, Hugo

Das finanzwesen der stadt Halle a.S. im...

Halle-Wittenberg

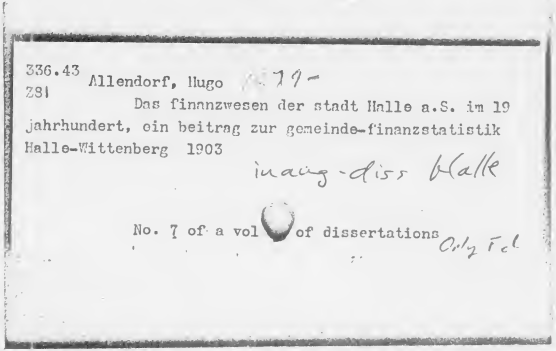
1903

98-84333-17
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD




RESTRICTIONS ON USE: Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 12:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 2/11/98 INITIALS: F.C.

TRACKING # : 30928

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

Halle (Geo)-Finanz No. 7 336.43
Z851
#7

# Das Finanzwesen der Stadt Halle a. S.

## im 19. Jahrhundert.

Ein Beitrag zur Gemeinde-Finanzstatistik.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der philosophischen Doktorwürde

einer

Hohen Philosophischen Fakultät

der

Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg

vorgelegt

von

**Hugo Allendorf**

aus Weiſsenfels a. S. (Pr. Sachsen).

Halle a. S.

1903.

Die vollständige Abhandlung erscheint demnächst als Band 44 in der „Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a. S., herausgegeben von Professor Dr. Joh. Conrad", Verlag von Gustav Fischer in Jena.

# Vorwort.

Diese Abhandlung verdankt ihre Entstehung einer Anregung des Herrn Geh. Regierungsrates Prof. Dr. Joh. Conrad in Halle a. S. Der Verfasser hielt es für eine dankenswerte Aufgabe, der Anregung seines verehrten Lehrers folgend, der Finanzgebahrung der Stadt Halle a. S. bis zum Anfang des Jahrhunderts nachzuspüren und damit zugleich der Statistik der Gemeindefinanzen einiges Material zu liefern.

Dazu benötigte er eines umfangreichen statistischen Materials, und dieses wurde ihm auf Empfehlung des Herrn Prof. Conrad sofort in liebenswürdiger Weise durch Herrn Oberbürgermeister Staude zu Halle a. S. zur Verfügung gestellt, welcher die Überlassung der Etats, Rechnungen und Verwaltungsberichte anordnete und die Benutzung der rathäuslichen Bibliothek gestattete. Der Verfasser ist ihm hierfür zu großem Dank verpflichtet.

Der Verfasser hat das ganze statistische Material selbst verarbeitet.

Ferner sei noch besonders Dank gesagt den Herren Rendant Achilles und Steuerbureauvorsteher Merkert zu Halle, die in liebenswürdigster Weise dem Verfasser Auskunft erteilten.

Noch liegt es uns an dieser Stelle ob, Herrn Prof. Conrad ganz besonderen Dank auszusprechen für die Förderung, welche er uns auch bei dieser Arbeit hat zuteil werden lassen.

# Inhalt.


Seite

A. Einleitung . . . . . 1

B. Die Bevölkerung von Halle im 19. Jahrhundert . . . . . 3

C. Die Entwicklung der Gemeindesteuern . . . . . 5

a) Die Gemeindeabgaben im Anfang des 19. Jahrhunderts . . . . . 7

Die indirekte Besteuerung . . . . . 10

b) Das Oktroi und der Bierpfennig . . . . . 10

c) Die Mahl- und Schlachtsteuer . . . . . 12

d) Biersteuern . . . . . 18

Kommunaler Zuschlag zur Braumalzsteuer und eine Gemeindesteuer von Bier vom 6. September 1886 . . . . . 18

e) Die Hundesteuer . . . . . 18

f) Die städtische Mietsteuer . . . . . 22

g) Die Lustbarkeitsteuer . . . . . 25

h) Die Baupolizeigebühren . . . . . 26

Die direkte Besteuerung . . . . . 28

i) Die Kommunalsteuer und k) die Kommunaleinkommensteuer . . . . 28

l) Die Bürgerrechts-, Einzugs- und Hausstandsgelder . . . . . 37

m) Die städtische Grundsteuer . . . . . 40

1. Die städtische Grundsteuer von 1875—95 . . . . . 40

2. Die städtische Grundsteuer vom Jahre 1895/96—1899/1900 . . . . 44

n) Die Gewerbesteuer und die Betriebssteuer . . . . . 45

1. Die Gewerbesteuer . . . . . 45

2. Die Betriebssteuer . . . . . 46

3. Die Wanderlagersteuer . . . . . 49

Anhang: Vergleichende Übersicht der Gemeindeabgaben in den 52 größten Städten Preußens in den Jahren 1869, 1876, 1880/81, 1883, 1884 54

Übersicht der Steuerverhältnisse 23 größerer Städte zum Vergleich mit denen der Stadt Halle a. S. allein während der Jahre 1896/97—1898/99 . . . . . 56

D. I. Das Armenwesen . . . . .

II. Das Schulwesen . . . . .

III. Das Bauwesen . . . . .

IV. Die Straßen-Beleuchtung, -Reinigung, -Besprengung . . . . . .
V. Die städtischen Gewerbebetriebe . . . . . .
a) Gaswerk . . . . . .
b) Wasserwerk . . . . . .
c) Städtischer Schlacht- und Viehhof . . . . . .
VI. Die Schulden der Stadt . . . . . .
E. Einige Geschichtliche Daten zur Erklärung der Finanzlage am Anfang des 19. Jahrhunderts . . . . . .
F. Betrachtungen über das Finanzwesen der Stadt unter besonderer Berücksichtigung der Kommunalsteuern während folgender Zeitabschnitte: . .
I. Während des westfälischen Regiments von 1807—13 . . . . . .
II. Von der Rückkehr der Stadt unter preußisches Regiment an bis zur Einführung der Kommunaleinkommensteuer im Jahre 1855 . . . .
III. Von 1855—1871 und folgende wegen der Folgeerscheinungen des Krieges inkl. 1875 d. h. bis zur Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer durch Gesetz vom 25. Mai 1873 . . . . . .
IV. Von da ab bis zur Einführung des Abgabengesetzes vom 14. Juli 1893 im Jahre 1895 . . . . . .
V. Von 1895—1900 mit der Frage: Hat die Miquelsche Reform der Gemeindesteuern die Gemeinden entlastet? . . . . . .
G. Schluß: Die Weiterentwicklung der Gemeindesteuern in Halle a. S. .

# Literatur.

| | Abkürzung |
|---|---|
| Adickes, Studien über die Weiterentwicklung des Gemeindesteuerwesens auf Grund des preußischen Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893, Tübingen 1894 . . . . . | Adickes |
| Brandt, Studien zur Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte der Stadt Düsseldorf im 19. Jahrhundert, Düsseldorf 1902 | Brandt |
| Brasch, von, Die Gemeinde und ihr Finanzwesen in Frankreich, Leipzig 1874 . . . . . | Brasch |
| Conrad, Beitrag zur Untersuchung des Einflusses von Lebensstellung und Beruf auf die Mortalitätsverhältnisse, Jena 1877 | Conrad |
| —, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie. 3. Teil Finanzwissenschaft, Jena 1900 . . . . . | Conrad, Finanzwissenschaft. |
| —, Volkswirtschaftspolitik, Jena 1902 . . . . . | Conrad, Volkswirtschaftspolitik. |
| Damaschke, Aufgaben der Gemeindepolitik, Jena 1901 . . . | Damaschke |
| Hagen, Freiherr von, Die Stadt Halle nach amtlichen Quellen historisch-topographisch-statistisch dargestellt, II Bde., Halle | Hagen |
| dazu 1. Ergänzungs- . . . . . Halle | Hagen 1. Ergh. |
| 2. heft . . . . . „ | „ 2. „ |
| 3. (Redigiert von . . . . . „ | „ 3. „ |
| 4. C. H. Frhr. . . . . „ | „ 4. „ |
| 5. von Hagen) . . . . . „ | „ 5. „ |
| Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Jena 1900. | |
| Jastrow, Preußisches Steuerbuch, ein Wegweiser durch die neuen Steuergesetze, für jeden preußischen Staatsbürger, Leipzig 1894 . . . . . | Jastrow |
| Kähler, Die preußischen Kommunalanleihen mit besonderer Rücksicht auf eine Zentralisation des Kommunalkredits, Jena 1897 . . . . . | Kähler |
| Rowe, Die Gemeindefinanzen von Berlin und Paris, Jena 1893 | Rowe |

XVI. Ergänzungsheft zur Zeitschrift des Kgl. preuß. statistischen Bureaus, Berlin 1884.

## A. Einleitung.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein in dieser kurzen Abhandlung eine irgendwie erschöpfende Behandlung des Finanzwesens der Stadt Halle a. S. im ganzen 19. Jahrhundert zu geben.

Wenn aber unser verehrter Lehrer, Herr Prof. Conrad, uns überhaupt Anregung zur Bearbeitung einer so interessanten Materie gab, so geschah es wohl aus dem Grunde, der arg vernachlässigten Literatur über Gemeindefinanzen wieder einmal einiges neue Material zu schaffen. Die finanzwissenschaftliche Erörterung hat sich bis jetzt fast ausschließlich dem Staatsfinanzwesen, insbesondere den Staatssteuern zugewandt, während dem Gemeindefinanzwesen bis in die neueste Zeit von der Theorie kaum irgend welche Beachtung geschenkt worden ist. Diese Erscheinung in der Literatur hat seinen Grund in folgendem[1]): Die Entwicklung der Finanzwissenschaft in Deutschland ist in erster Linie dahin gegangen die Finanzwirtschaft des Staates in eingehenden Untersuchungen zu erörtern, und erst in neuerer Zeit hat man begonnen, auch der Finanzgebarung der übrigen öffentlichen Körper größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Neben anderen Systematikern gebührt dem nun verewigten Frhn. v. Reitzenstein und dann Friedberg das Verdienst, auf dieses Gebiet die Aufmerksamkeit gelenkt zu haben und mit der Verarbeitung des vorhandenen Materials selbständig vorgegangen zu sein.

Der Grund zu dieser langsamen Entwicklung liegt sowohl in allgemeinen Verhältnissen der Wissenschaft als auch in den Verhältnissen der in Frage kommenden Korporationen. Die Finanzwissenschaft als solche ist eine noch junge wissenschaftliche Disziplin.

[1]) Dr. jur. et phil. W. Kähler: Die preußischen Kommunalanleihen mit besonderer Berücksichtigung auf eine Zentralisation des Kommunalkredits. Jena 1897, Einleitung.

Nun erklärt es sich aus dem Wesen der wissenschaftlichen Entwicklung, daß zunächst die Behandlung der auffallendsten Erscheinungen, die sich zuerst dem Auge darbieten, in Angriff genommen wird, daß zunächst an ihnen sich die wissenschaftliche Methode ausbildet, während die weniger an der Oberfläche liegenden Erscheinungen erst beim weiteren Ausbau in den Kreis der wissenschaftlichen Arbeit einbezogen werden.

So hat auch die Finanzwissenschaft zunächst den Staat als den größten öffentlichen Körper wissenschaftlich zu erfassen gesucht, hat für ihn die grundlegenden Sätze abgeleitet, und erst, nachdem auf diesem Gebiete eine gewisse Klärung der Ansichten eingetreten war, nachdem hier gesicherte Ergebnisse gewonnen waren, hat sie ihre Untersuchungen auf die Zwangsgemeinwirtschaften niederer Ordnung ausgedehnt, und deren Finanzgebarung in den Kreis ihrer Untersuchungen einbezogen, um zu prüfen, in wie weit die auf dem Gebiete der Staatsfinanzwirtschaft gefundenen Ergebnisse sich auf das Kommunalfinanzwesen übertragen lassen, wie weit dies eine besondere Behandlung erheischt und zur Bereicherung und Vertiefung finanzwissenschaftlicher Erkenntnis beizutragen vermag.

Wir glauben daher, mit folgender kurzen Abhandlung der finanzwissenschaftlichen Erörterung einen Dienst zu erweisen.

Bevor wir jedoch in dieselbe eintreten, scheint es uns unumgänglich nötig, einiges über das zur Arbeit verwandte Material und seine Brauchbarkeit zu sagen.

Unsere Angaben können als ganz richtig und genau nur für die Jahre 1857—1900 gelten.

Die Verwaltungsberichte sind erst seit dem Jahre 1857 erschienen, so daß wir für die Jahre 1800—1857 mit Etats und einzelnen Rechnungen arbeiten mußten, die bei weitem nicht in ununterbrochener Reihe der Jahre vorhanden sind.

Wir haben, damit nicht auch noch diese wenig zahlreichen Etats, die wir finden konnten, verloren gehen — es sind dies die Etats von 1810, 11, 13, 19, 20, 21, 22, 35 und 1856 — uns erlaubt, sie in dieser Abhandlung zu bringen, ebenso wie die Abschlüsse aus den Jahren 1801/02, 1805/06, 1812, 1832 und 1852, die von Hagen uns überliefert hat.

Wir haben darum Gelegenheit genommen, uns für diese Jahre und für die Jahre 1866—79, deren Verwaltungsberichte nicht vorhanden sind, an die vom Magistrat der Stadt Halle herausgegebenen und vom Frhrn. v. Hagen redigierten ausgezeichneten Ergänzungshefte „Die Stadt Halle“ anzulehnen, wie wir überhaupt aus diesem Werke viel für unsere Untersuchung brauchbares Material gezogen haben. Das Material, das wir zu dem Kapitel: „Die Entwicklung der Gemeindesteuern“ benützten, ist weit vollständiger. Zugleich wollen wir noch bemerken, daß wir die Frankrechnung während des westfälischen Regiments und die Talerrechnung bis zum Jahr 1873 inkl. in Markrechnung umgesetzt haben, um dem Leser die Vergleichung zu erleichtern.



## B. Die Bevölkerung von Halle im 19. Jahrhundert.

„Halle[1]) ist bekanntlich eine der ältesten Städte Deutschlands und über seine Entwicklung liegen eine Menge und sehr eingehende, beachtenswerte Werke vor. Genauere Angaben über die Volkszahl sind aber erst seit Schluß des 18. Jahrhunderts vorhanden und erst seit den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts können die Zählungen auf wirkliche Zuverlässigkeit Anspruch machen.

Wir nehmen für die Mitte des 17. Jahrhunderts ungefähr 14000 Seelen an.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1782 | hat | Halle | 15502 | Einwohner |
| 1790 | „ | „ | 21140 | „ |
| 1791 | „ | „ | 20719 | „ |
| 1794 | „ | „ | 20679 | „ |
| 1804 | „ | „ | 21000 | „ |

inkl. der zwei Amtsvorstädte (Glaucha und Neumarkt), die aber erst 1817 einverleibt wurden. In diesen Zahlen sind einbegriffen die Studenten, nicht die Militärpersonen. „Hagen und Bärensprung, so berichtet Prof. Conrad, geben für 1806: 26000, letzterer für 1810: 14893 an, doch mit der Bemerkung, daß die Angabe unsicher sei und ohne die Quellen zu zitieren.“

Wir haben nun ebenfalls für das Jahr 1809 oder 1810 die Einwohnerzahl 14893 gefunden und zwar auf dem Titelblatte des Etats für 1810, wo es heißt: „Die Kommune hat 14893 Einwohner.“

Uns scheint es nun ganz einleuchtend, daß man in den Etat für

[1]) Conrad: Beitrag zur Untersuchung des Einflusses von Lebensstellung und Beruf auf die Mortalitätsverhältnisse, Jena 1877, S. 14—17.

das Jahr 1810 die Einwohnerzahl von 1809 einsetzte, denn es wäre doch gewagt ein so bestimmtes Einwohnersoll aufzustellen. Doch ist es auch nicht unmöglich, daß die Einwohnerzahl 14893 für das Jahr 1810 gilt, da die Etats (unter westfälischem Regiment) anscheinend erst im Laufe des Jahres angefertigt wurden, für das sie gelten sollten, was ich aus dem folgenden Schreiben (aus dem Vol. II Actorum, die Anfertigung des städtischen Budgets für das Jahr 1810 von dem Munizipalrate der Kommune Halle betreffend) entnehme

Mein Herr Maire!

Halle a. S., den **14. Juny 1810.**

Da die Einsendung des Budgets von Ihrer Commune höheren Orts lebhaft urgiert wird, so ersuche ich Sie mit der Absendung nunmehro zu eilen, indem ich nicht zweifle, daß das Budget längst complett angefertigt sein wird.

Der Unterpräfekt des Distrikts Halle.

Am Rande die Bemerkung des Maire: ad acta, da das Budget ohnehin schon bearbeitet wird!

Auch in dem Etat für das Jahr 1813 fanden wir die Einwohnerzahl 14927; auch für sie gelten die obigen Ausführungen, d. h. entweder gilt sie für 1812 oder für 1813, 1816: 19226 Einwohner.

Seit 1822 sind dann die Ergebnisse der amtlichen Zählung vorhanden; aufgeführt ist nur die Zivilbevölkerung; Glaucha und Neumarkt sind von 1822 an einbegriffen.

| Jahr | Einwohnerzahl | Jahr | Einwohnerzahl | Jahr | Einwohnerzahl |
|---|---|---|---|---|---|
| 1822 | 23 327 | 1862 | 42 914 | 1881/82 | 74 178 |
| 1825 | 23 000 | 1863 | 44 321 | 1883/84 | 76 531 |
| 1828 | 25 567 | 1864 | 45 004 | 1884/85 | 78 562 |
| 1831 | 24 790 | 1865 | 46 064 | 1885/86 | 80 529 |
| 1834 | 25 200 | 1866 | 47 158 | 1886/87 | 82 442 |
| 1837 | 26 447 | 1867 | 47 580 | 1887/88 | 85 959 |
| 1840 | 28 149 | 1868 | 48 906 | 1888/89 | 89 336 |
| 1843 | 29 728 | 1869 | 49 573 | 1889/90 | 93 782 |
| 1846 | 32 134 | 1870 | 50 461 | 1890/91 | 100 051 |
| 1849 | 32 493 | 1871 | 51 373 | 1891/92 | 102 535 |
| 1852 | 35 076 | 1872 | 53 906 | 1892/93 | 105 233 |
| 1855 | 35 468 | 1873 | 55 897 | 1893/94 | 107 179 |
| 1856 | 36 408 | 1874 | 57 859 | 1894/95 | 109 778 |
| 1857 | 37 348 | 1875 | 59 901 | 1895/96 | 114 711 |
| 1858 | 38 289 | 1878 | 65 140 | 1896/97 | 116 900 |
| 1859 | 39 361 | | inkl. Militär | 1897/98 | 120 729 |
| 1860 | 40 433 | 1879/80 | 70 851 | 1898/99 | 123 970 |
| 1861 | 41 507 | 1880/81 | 72 081 | 1899/1900 | 127 436 |



Das Anwachsen der Einwohnerzahl von 1822—1855 ist als ein nur langsames zu bezeichnen, ungefähr um 500 Seelen beträgt die jährliche Volkszunahme, so daß nach Ablauf dieses Zeitraumes von 33 Jahren die Bevölkerungsziffer um nur etwa 12000 gestiegen ist. Vom Jahre 1855 an dagegen bis zum Jahre 1871 nimmt die Bevölkerung jährlich um rund 1000 Seelen zu, so daß nach Verlauf dieser 16 Jahre (von 1855—71) die Bevölkerungsziffer rund um 16000 gestiegen ist, während sich nach 1872, also sofort nach dem Kriege, die jährliche Bevölkerungszunahme auf rund 2000 Seelen erhöht und zwar bis zum Jahre 1886/87, um dann bis 1889/90 sich auf rund 3—4000 zu erhöhen, bis schließlich vom Jahre 1889/90 zu 1890/91 eine ganz außerordentlich starke Zunahme von über 6000 Seelen erfolgt; vom Jahre 1890/91 an erfolgt dann eine zwischen 2 und 4000 schwankende jährliche Bevölkerungszunahme, so daß die Einwohnerzahl von 1872 bis 1899/1900 d. h. innerhalb 29 Jahren um 73000 gestiegen ist, d. h. die jährliche durchschnittliche Bevölkerungszunahme beträgt 2500 Seelen.

## C. Die Entwicklung der Gemeindesteuern.

Die Einnahmen aus der Besteuerung bilden das eigentliche Rückgrat des kommunalen Finanzwesens. Privatwirtschaftliche Einnahmen und Gebühren bilden mitunter einen nicht unerheblichen Bestandteil der gemeindlichen Einkünfte, aber sie allein reichen nicht aus zur Bestreitung der Gemeindeausgaben. Je größer der Aufgabenkreis der Gemeindeverwaltung wird, je größere Anforderungen an deren Leistung gestellt werden, desto mehr müssen Steuerquellen erschlossen werden. So hat denn auch die Stadt Halle eine ganze Reihe der verschiedenartigsten direkten und indirekten Steuern im Verlaufe des 19. Jahrhunderts aufzuweisen, zu deren näherer Betrachtung vom Jahre 1820 ab wir nach einigen Bemerkungen über die Gemeindeabgaben im Anfang des 19. Jahrhunderts und über die Zeit des westfälischen Regiments von 1807—13 übergehen werden.

Es sei darauf hingewiesen, daß die Entwicklung des preußischen Kommunalsteuerwesens in der Richtung gegangen ist, daß das Gebiet der indirekten Besteuerung ein immer beschränkteres wurde, während in immer höheren Maße die direkte Besteuerung zur Grundlage des

kommunalen Steuerwesens geworden ist. Doch ist es noch nicht lange her, daß die indirekte Besteuerung eine bedeutende Rolle im städtischen Steuerwesen spielte. In Halle haben sich die Verhältnisse so entwickelt:

Das Steuersystem im Anfang des 19. Jahrhunderts war, wie wir sehen werden, weder wissenschaftlich berechtigt zu nennen, noch war es ertragreich. Es waren die Rechte der alten Gemeindeabgabenordnungen aus dem 15. und 16. Jahrhundert, die noch ganz auf mittelalterliche Verhältnisse zugeschnitten waren. Das westfälische Regiment räumte zwar nicht ganz mit diesen Verhältnissen auf, sondern ließ diese Abgaben zum großen Teil bestehen und führte, statt der einzigen, die man entfernte, und das war gerade das ertragreiche Kaufschoß, 1811 das Oktroi ein, das die Stadt auch nach ihrer Rückkehr unter preußische Herrschaft im Jahre 1813 noch bis zum Jahre 1820 erhob d. h. bis zur Einführung des Abgabengesetzes vom 30. Mai 1820, welches die Erhebung des Oktrois verbot.

Dies Kommunalabgabengesetz brachte überhaupt erst einigermaßen System in das städtische Steuerwesen: es wurden auf Grund des Gesetzes neu eingeführt die direkte Kommunalsteuer an Stelle des Octrois, d. h. also einer indirekten Abgabe, und der Zuschlag zur Mahl- und Schlachtsteuer, die eine Höhe von 50 % zu der Staatssteuer erreichen durfte, daneben wurden aber weiter noch die alten Abgaben erhoben, wenigstens erscheinen sie noch bis zum Jahre 1832. Die vorerwähnte Kommunalsteuer wird abgelöst mit dem Jahre 1841 durch eine Kommunaleinkommensteuer, deren Tarif schließlich in dem Regulativ von 1855 endgültig festgesetzt wird und beibehalten wird bis zur Einführung des Abgabengesetzes von 1873, das eine vollständige Umwälzung des städtischen Steuerwesens mit sich bringt.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal das Steuersystem vor 1875, so finden wir als hauptsächlichste Steuer:

1. die Kommunaleinkommensteuer von 1855 (als direkte);

2. den Zuschlag zur Mahl- und Schlachtsteuer von 1820 (als indirekte) Steuer;

3. den Zuschlag zur Staatsgebäudesteuer, der seit 1. April 1868 erhoben wird (als direkte).

Die 3 hauptsächlichsten Steuerarten verschwinden mit der Einführung des Abgabengesetzes von 1873 im Jahre 1875. An ihre Stelle treten:



1. die Zuschläge zur Staatseinkommensteuer als Gemeindeeinkommensteuer;

2. die städtische Mietsteuer (als indirekte), und

3. die städtische Grundsteuer (als direkte), bis mit dem Inkrafttreten des Kommunalabgabengesetzes von 1893 am 1. April 1895 eine wesentliche Änderung der Grundlagen der bisherigen Kommunalbesteuerung eintritt. Der Staat überweist mit diesem Zeitpunkt den Gemeinden die sogenannten Realsteuern, um die Entlastung und Freihaltung von Zuschlägen der Staatseinkommensteuer, die mit dem Gesetz von 1891 einen wesentlichen Fortschritt macht, zu erreichen.

Die städtische Mietsteuer wird aufgehoben, die für die Staatskasse außer Hebung gesetzte Grund- und Gebäudesteuer wird zwar für Rechnung der Gemeinde nicht erhoben, dafür aber deren selbständige städtische Grundsteuer vom Jahre 1875 beibehalten und ihr Ertrag in ein prozentuales Verhältnis zu dem der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer gesetzt. Zu der staatlich veranlagten, für die Staatskasse ebenfalls außer Hebung gesetzten Gewerbesteuer wird ein Gemeindezuschlag erhoben und außerdem die Betriebssteuer nebst einem Zuschlag. Die Hauptsteuern sind also folgende:

1. der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer als Gemeindeeinkommensteuer (direkt);

2. die städtische Grundsteuer (direkt);

3. die Gewerbe- und Betriebssteuer (direkt).

Man sieht, die Hauptbesteuerung verläßt vom Jahre 1895 ab das indirekte Gebiet ganz und überläßt es einigen kleinen Steuerarten, deren Erträge weniger bedeutend sind, ausgenommen die beiden Biersteuern von 1886.

### a) Die Gemeindeabgaben im Anfang des 19. Jahrhunderts.

Am 8. März 1688[1]) wurde vom Kurfürsten von Brandenburg die am 1. Dezember 1687 publizierte „verneuerte Regimentsordnung“ an den Rat der Stadt erlassen. In dieser „Regimentsordnung“ werden von den Gefällen und Abgaben an die Gemeinde auch die genannt, die noch im Anfang des 19. Jahrhunderts fällig waren, wie aus den Abschlüssen der Jahre 1801/02 und 1805/06 zu ersehen ist. Wir greifen die betreffenden Abgaben heraus.

1. Tal- und Herdschoß von allen Salzkoten.

[1]) v. Hagen II, S. 226 u. f.

Um den Charakter dieser Abgabe zu verstehen, ist es notwendig, einiges über die Geschichte der Salzkoten zu berichten.[1]) Halle besitzt 4 Salzquellen, denen die Stadt ihr Entstehen und Jahrhunderte hindurch fast ausschließlich ihren Wohlstand zu verdanken hatte. Die Sole, die diesen Quellen entströmte, wurde nun in ältester Zeit durch besondere Bornknechte mittels eines Schwenkwerkes heraufgefördert und in die Kote gebracht, später durch ein Pumpwerk heraufgefördert und dann durch eine eiserne Röhrenleitung zum Siedeprozeß der Kote zugeführt. Diese Siedeherde wurden 1789/91 und 1798/99 aus den einzelnen Koten, 112 an der Zahl, in die beiden großen neuerbauten Siedehäuser zusammengelegt. „Der Herdschoß wurde nun in alten Zeiten von allen Salzkoten erhoben und zwar von 8 Koten mit je 3 Herden, von jedem Kote 9 g. Gr. 6 Pfg., von 10 Koten mit je einem Herde, von jedem 3 g. Gr. 2 Pfg., von allen übrigen der Schoß von 2 Herden, von jedem 6 Gr. 4 Pfg., was zusammen zu jener Zeit eine jährliche Einnahme von 29 Tlr. 13 g. Gr. 4 Pfg. repräsentiert."

Es folgen

2. die Abgaben, die unter dem Namen „Unpflichten oder bürgerliche Unpflichten" erhoben wurden.

a) Der Vorschoß, von jedem Bürger ohne Unterschied alljährlich in der Woche vor Pfingsten mit 10 Gr. zu entrichten; man könnte diese Abgabe am besten mit einer Kopfsteuer vergleichen;

b) Der Haus- oder Bürgerschoß, jährlich zum Dreikönigstage von den Häusern mit 1 Gulden von jeden 100 Gulden bis in Höhe von 3 Goldgulden. Diese immerhin schon ganz annehmbare Gebäudesteuer ergab die beträchtlichste Einnahme unter allen Gemeindeabgaben.

c) Das Wächter- oder Grabengeld, zu erlegen zur Besoldung der Nachtwächter resp. Stundenrufer, sowie zur Erhaltung der Stadtmauern und Stadtgräben.

Diese Abgaben wurden bis zu Anfang des 16. Jahrhunderts, jede einzeln und zu verschiedenen Zeiten auf Grund besonderer vorausgegangener Repartition erhoben. Jeder Bürger mußte behufs seiner Veranlagung zu denselben sein Vermögen und das Einkommen aus dem von ihm betriebenen Gewerbe eidlich angeben. Da dieser Veranlagungsmodus zu zahlreichen Denunziationen Beschwerden und Meineiden Veranlassung gab, so wurde auf Antrag der Bürgerschaft von der erzbischöflichen Regierung im Jahre 1502 angeordnet, daß die

[1]) v. Hagen I, S. 171 u. f.



in diesem Jahre entrichteten Abgaben als Norm genommen und unter dem Namen „Unpflichten", d. h. ohne eidliche Verpflichtung, als ein onus reale, auf die Häuser fixiert und jährlich einmal erhoben werden sollten. — Diese Abgaben hatten sonach den Charakter einer Reallast angenommen, welche hypothekarisch eingetragen und als Grundzins entrichtet wurde; natürlich sehr primitiv. Der Titel 8 der „Regimentsordnung" führt „die Ordinar- aber steigenden und fallenden Intraden" in der Stadt auf; von diesen sind die einen steuerartigen Charakter tragenden im Anfang des 19. Jahrhunderts noch vorhanden.

a) Das Bürgerrechtsgeld, sogen. Bürgermahl, für Beleihung mit dem Bürgerrecht, welches nach der Verfassung vom Jahre 1625 im allgemeinen auf 10 Goldgulden, für Nichtangesessene je nach ihrem Erwerbe auf 2, 3 auch mehr Reichstaler festgestellt und an dessen Stelle von fremden im Stadtgebiete sich aufhaltenden Personen bei länger als 2tägigem Aufenthalte ein jährliches Schutzgeld von 10, 12—18 g. Gr. zu entrichten war. Für Erlangung des Bürgerrechts hatten zu zahlen:

1. Extranei u. z. Honoratiores 6—3 Tlr., Innungsmeister 4 Tlr., Handwerksleute und wer ein ansehnliches Haus erwarb 3 Tlr., solche ohne Profession 2 Tlr.

2. Bürgerssöhne und arme Leute in der Stadt 1 Tlr. 12 Gr. Die sub 1 genannten hatten außerdem ein sog. Feuereimergeld von 18 Gr. zur Kämmerei zu zahlen und jeder ohne Unterschied zur Laternenkasse 16 Gr. bis 1 Tlr. und zur Almosenkasse 4—8 Gr.

b) Der Kaufschoß von Häusern, Tal- und anderen Gütern im Stadtgebiete terminlich binnen 6 Jahren von Zeit des geschlossenen Kaufs und zwar zu einem Teile sofort nach dem Kaufe, mit 3 Fl. 7 g. Gr. von jedem Hundert der Kaufsumme zu entrichten. Diese Umsatzsteuer ist stets sehr einträglich gewesen.

c) Niederlagezins von Wein und Bier —

vom Wein: von jedem Eimer Rhein- oder Frankenwein 12 Gr., jedem Eimer Landwein 6 Gr., wenn er öffentlich, und 3 Gr., wenn er für die Haushaltung gebraucht wird (wohl am verwandtesten mit der modernen Einlagesteuer von Wein);

vom Biere: von jeder Tonne fremden Bieres ohne Unterschied 7 Gr. betragend. Das ist eine selbständige Kommunalbiersteuer, wie sie heutigen Tages in Halle auch existiert.

Das sind die hauptsächlichsten noch im Anfange des 19. Jahrhunderts erhobenen Kommunalabgaben mit steuerartigem Charakter.

Die Einnahmen aus diesen Abgaben waren folgende:

| Es kamen ein | 1801/02 Mk. | 1805/06 Mk. |
|---|---|---|
| an 1. Tal- und Herdschoß | 1 934 | 1 934 |
| 2. Unpflichten von Häusern | 7 292 | 6 644 |
| 3. Bürgerrechtsgeld | 877 | 682 |
| 4. Kaufschoß | 5 587 | 5 458 |
| 5. Niederlagegeld von eingebrachten Getränken | 1 961 | 2 117 |
| Sa. | 17 651 | 16 835 |

d. h. 1801/02 bildeten die Gemeindeabgaben bei einer Gesamteinnahme von 101 389 Mk. 17,40 % derselben und 1805/06 bei einer Gesamteinnahme von 128 387 Mk. gar nur 13,11 %, während 1899 bis 1900 die Kommunalsteuern 53,59 % der Einnahme der etatsmäßigen Verwaltuug ausmachen.

---

### Die indirekte Besteuerung.

Es ist erstaunlich, wie sich diese primitive Besteuerung fast zwei Jahrhunderte lang ohne erhebliche Änderung halten konnte. Um so mehr Änderungen und Neuerungen bringt das 19. Jahrhundert.

#### b) Das Oktroi und der Bierpfennig.

Das westfälische Regiment brachte es fertig, in kaum Jahresfrist auf allen Gebieten des kommunalen Lebens mit den uralten, deutschen Institutionen gründlich aufzuräumen; natürlich nahm man auch die Finanzen in Angriff. So wurde z. B. der Kaufschoß, eine der vorzüglichsten und ergiebigsten Einnahmequellen aufgehoben, dafür mußte der Stadt natürlich ein Äquivalent geboten werden; dies geschah durch die Einführung des in Frankreich so beliebten Oktrois, d. h. die Erhebung gewisser Eingangs- und Ausgangsgefälle.

Leider ließ sich kein auf das Oktroi bezüglicher Tarif finden, der uns über die Handhabung dieser Verbrauchsabgabe hätte aufklären können.

Es wurden jedoch nach dem Pariser Reglement, dessen verwaltungsrechtliche Grundlagen

1. das Gesetz vom 18. Oktober 1798,
2. der Erlaß vom 18. Dezember 1814,
3. der königl. Erlaß vom 22. Juli 1831

bilden, die zur Besteuerung bestimmten Konsumartikel in 5 Kategorien eingeteilt:



1. Getränke und andere Flüssigkeiten;
2. Eßwaren (jedoch werden Getreide und Mehl von dem Pariser Oktroi nicht besteuert);
3. Brennmaterialien;
4. Vieh- und Pferdefutter;
5. Rohstoffe verschiedener Art.

Um eine Anschauung von der Höhe der Sätze zu geben, werden wir einige Beispiele anführen:

**Oktroitarifsätze von Paris.**

| Gegenstand | Einheit der Erhebung | Tarifsatz Frcs. | Tarifsatz Mk. | Weitere Zuschläge Frcs. | Weitere Zuschläge Mk. | Summa Frcs. | Summa Mk. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Wein in Flaschen | Hektoliter | 3,60 | 2,88 | 7,02 | 5,62 | 10,62 | 8,50 |
| Alkohol in Branntwein und Likör | „ | 24,— | 19,20 | 55,80 | 44,64 | 79,80 | 63,84 |
| Apfelwein | „ | 2,— | 1,60 | 2,— | 1,60 | 4,— | 3,20 |
| Olivenöl und Konserven in Öl | 100 Kilo | 49,83 | 39,86 | 2,62 | 2,09 | 52,45 | 41,95 |
| Andere Öle | „ | 27,54 | 22,04 | 5,25 | 4,20 | 32,79 | 26,24 |

In der Annahme, daß man diese Tarifsätze in Halle genau so hoch wie in Frankreich selbst bestimmte, dürften wir nicht irren.

Die Einnahmen aus diesem Oktroi sollten zur Bildung eines Fonds zur Abzahlung der Kriegsschulden und prompten Zahlung der Zinsen der Stadtobligationen dienen. Die Einführung dieser Oktrois erfolgte mit dem 1. Dezember 1811.

Die Einnahmen aus dem Oktroi sind folgende:

1812: 44 624 Mk.,
1813: 40 908 „ (nach dem Etat),
1818: 51 357 „

Wie schon aus der letzten Zahl zu ersehen ist, behielt man das Oktroi auch nach der Befreiung vom französischen Joch im Jahre 1813 bei, wiewohl man daneben auch den Kaufschoß vom Jahre 1817 an wieder erhob, allerdings lediglich im Interesse des städtischen Schuldentilgungsfonds. — Der Kaufschoß betrug $3^1/_2$ % des Kaufwertes von Häusern und Talgütern, wovon $1^1/_3$ % bei Erwerb eines Grundstückes, 1 % nach Ablauf des ersten und der Rest nach Ablauf des zweiten Jahres bezahlt werden sollte. —

Interessant ist ein Vergleich der Einnahmen aus dem Oktroi in den beiden Städten Halle und Paris im Jahre 1818, den wir tabellarisch darzustellen versuchen:

| Stadt | | Bevölkerung | Einnahmen aus dem Oktroi Mk. | D. s. pro Kopf der Bevölkerung Mk. | Gesamteinnahme Mk. | D. s. pro Kopf der Bevölkerung Mk. | Die Einnahme aus dem Oktroi beträgt % der Gesamteinnahme |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1818 | Paris | (rund) 714 000 | 16 570 000 | (rund) 23 | 19 529 000 | 27 | (rund) 85 |
| | Halle | (rund) 20 000 | 51 357 | (rund) 2,60 | 78 000 | 5 | (rund) 66 |

Neben dem Oktroi existiert noch vom 11. November 1817 an der sogenannte Bierpfennig — eine Art Brausteuer oder Biersteuer —: für jede von den hiesigen städtischen Brauereien gebraute Kanne Braun- und Weißbier mußte 1 Pfennig gezahlt werden. Dieser Bierpfennig verschwand jedoch schon wieder mit der Einführung der Kommunalsteuer im Jahre 1821.

Die Einnahme aus dem Bierpfennig betrug 1818: 7868 Mk.

### c) Die Mahl- und Schlachtsteuer.

Als wichtigste indirekte Gemeindesteuer folgt der Zuschlag zur staatlichen Mahl- und Schlachtsteuer.

Die Mahl- und Schlachtsteuer wurde eingeführt durch das Abgabengesetz vom 30. Mai 1820 und vom 1. September 1820 ab in Halle erhoben. Der Staat nahm sie für sich in Anspruch an Stelle der mit ihr in Wegfall kommenden Personalsteuer, die unter dem westfälischen Regiment den Gemeinden auferlegt war; der Betrag derselben für Halle belief sich auf 17 977 Mk. Die Stadt erhob den Zuschlag von $^1/_3$ zur Mahlsteuer und $^1/_6$ zur Schlachtsteuer an Stelle der Einnahmen aus dem mit ihr in Wegfall gekommenen Oktroi und des schon erwähnten Bierpfennigs.

Bereits vom 1. Juni 1822 ab wurde der Zuschlag zur Schlachtsteuer von $^1/_6$ auf $^1/_4$ erhöht, der auf die Mahlsteuer dagegen von $^1/_3$ auf $^1/_4$ herabgesetzt, also bei beiden auf $^1/_4$ oder 25 %, 1836 aber von beiden gleichmäßig auf $^1/_3$ oder $33^1/_3$ % normiert. Diese Zuschläge sind niedrig, da der betr. Erlaß den 130 Städten, in denen diese staatliche Mahl- und Schlachtsteuer erhoben wurde, das Recht gibt, einen Zuschlag von 50 % zu dieser Steuer zu erheben; der Zuschlag sollte den Charakter einer Zweckssteuer [1]) haben, d. h. die Einnahmen daraus sollten zur Amortisation der städtischen Schuldenlast dienen. Diese Steuer hatte durchaus den Charakter einer Akzise, die Tarife waren folgende:

[1]) Rowe S. 124.



| Die Mahlsteuer betrug | Staatssteuer pro Zentner | | Kommunaler Zuschlag pro Zentner | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| | ursprünglich [1]) Mk. | vom 1. Aug. 1854 bis 1. Jan. 1857 und von 1. Juli 1859 bis 1. Juli 1862 Mk. | vom 1. Septbr. 1820 bis 1. Juni 1822 Mk. | vom 1. Juni 1822 bis 1836 Mk. | von 1836 bis 1. Jan. 1875 Mk. |
| 1. vom Weizen zum Mehl | 2,00 | 2,50 | 0,67 | 0,50 | 0,67 |
| 2. vom Roggen und Gerste und Hülsenfrüchten | 0,40<br>0,50 | 0,49<br>0,63 | 0,13<br>0,17 | 0,10<br>0,13 | 0,13<br>0,63 |
| Die Eingangssteuer betrug | | | | | |
| 3. für Kraftmehl, Stärke, Pulver, Graupe, Gries und Grütze | | | | | |
| a) aus Weizen | 4,00 | 5,00 | 1,33 | 1,00 | 1,33 |
| b) „ anderen Getreiden | 1,00 | 1,25 | 0,33 | 0,15 | 0,33 |
| 4. für Mehl | | | | | |
| a) aus Weizen | 2,68 | 3,35 | 0,89 | 0,67 | 0,89 |
| b) „ anderen Getreiden | 0,68 | 0,85 | 0,23 | 0,17 | 0,23 |
| 5. für Schrot und Backwerk aller Art | | | | | |
| a) aus Weizen | 2,00 | 2,50 | 0,67 | 0,50 | 0,67 |
| b) „ anderen Getreiden | 0,50 | 0,63 | 0,17 | 0,13 | 0,17 |
| 6. für Fleisch- und Fettwaren | 4,00 | 5,00 | 0,67 ? | 1,00 ? | 0,67 ? |
| Die Schlachtsteuer betrug | | | | | |
| 7. für Jungvieh | 3,00 pro Stück | 3.75 | 0,50 | 0,75 | 1,00 |
| 8. nach dem Stücksatz berechnet | | | | | |
| a) für Ochs und Stier | 16,50 | 20,63 | 2,75 | 4.13 | 5,50 |
| b) „ Kuh und Ferse | 10,50 | 13,13 | 1,75 | 2,63 | 3,50 |
| c) „ Kalb | 1,50 | 1,83 | 0,25 | 0,38 | 0,50 |
| d) „ Hammel, Schaf und Ziege | 1,13 | 1,41 | 0,19 | 0,28 | 0,38 |
| e) für Lamm | 0,76 | 0,95 | 0,13 | 0,19 | 0,25 |
| f) „ Schwein (seit 1. Dezember 1839) | 4,50 | 5,13 | 0,75 | 1,13 | 1,50 |
| g) für Ferkel | 1,13 | 1,41 | 0,19 | 0,28 | 0,38 |

[1]) Diese Sätze wurden in der Zeit vom 1. August 1854 bis 1. Januar 1857 sowie vom 1. Juli 1859 bis 1. Juli 1862 sämtlich um 25 % erhöht. Diese Erhöhung betraf nur die staatliche Steuer, die kommunalen Sätze blieben dieselben.

Daß diese Steuer natürlich einen ziemlich starken Einfluß auf die Preise hatte, versteht sich von selbst. So konnte es denn auch nicht ausbleiben, daß sich bald ein Kampf gegen diese indirekte Steuer erhob. So beschlossen im Jahre 1833 die Stadtbehörden die Umwandlung der Mahl- und Schlachtsteuer in eine Klassensteuer zu beantragen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der Staat kam aber den Städten entgegen und überließ unter dem 1. Mai 1848 den Städten $^1/_3$ der Mahlsteuer, die für Halle im Durchschnitt der Jahre 1844—46 jährlich 102 732 Mk. betrug. Dieses Drittel der Mahlsteuer sollte für Kommunalzwecke verwendet werden.

Dies Entgegenkommen des Staats fand aber bei der Stadt keinen Anklang, vielmehr beschlossen die städtischen Behörden, höheren Orts den gänzlichen Wegfall der Mahlsteuer von Roggen, Gerste, Hirse, Hafer, Hülsenfrüchten und den daraus gefertigten Produkten für die hiesigen Einwohner zu beantragen, die zwei Drittel der Mahlsteuer, die der Staat sich vorbehalten hatte, durch eine direkte Steuer aufzubringen, von dieser jedoch die Einwohner mit einem Einkommen von nur 240—300 Mk. freizulassen, ein Beweis dafür, daß man diese indirekte Steuer wieder los sein wollte, weil sie den armen Mann zu sehr drückte. Dagegen sollte die Steuer von Weizen vorläufig beibehalten und der Stadt das ihr zukommende Drittel des Ertrages bar vergütet werden.

Den durch Freilassung von nicht weniger als 2095 mit einem Einkommen bis zu 300 Mk. veranlagten Haushaltungen entstehenden Ausfall beschloß man aus dem städtischen Anteil an der Weizensteuer zu decken und dem Staate zu vergüten.

Die dann noch zur Ersetzung der Roggensteuer aufzubringende Steuer für den Staat und die Gemeinde, die auf rund 48 900 Mk. veranschlagt war, sollte von den übrigen 2890 Haushaltungen durch entsprechende Vermehrung der Simpla der Kommunalsteuer um 6 und deren Erhebung in monatlichen Raten aufgebracht werden.

All diese Anträge wurden vom 1. Mai 1848 ab von der Regierung genehmigt. Allerdings mußte die Ersatzsteuer für die Roggenmahlsteuer schon am 1. Juli 1841 der letzteren wieder weichen. Das ganze Verhältnis hat sich vollständig geändert durch das Gesetz vom 25. Mai 1873, welches in den betreffenden Städten die Mahlsteuer vollständig aufhob, ihnen aber die Schlachtsteuer für sich weiter zu erheben gestattet. Halle macht von diesem Recht keinen Gebrauch, denn in dem Etat für 1875 ist von der Schlachtsteuer nicht mehr die Rede (das Gesetz ist am 1. Januar 1875 in Kraft getreten).



Werfen wir einen Blick auf die Einnahmen aus dieser indirekten Steuer, so sehen wir, daß sie eine sehr bedeutende Rolle spielen und daß die Steuer abgesehen von einigen durch die mehrfachen Modifikationen des Zuschlags verursachten Schwankungen in steter Zunahme schließlich ihren relativen Höhepunkt anfangs der 70er Jahre erreicht, indem nämlich im Jahre 1870 8,39 Mk. pro Kopf der Bevölkerung erhoben wurden, gegen 4,00 Mk. im Jahre 1832 und 7,92 Mk. im Jahre 1874.

**Einnahmen aus der Mahl- und Schlachtsteuer.**

| | I | II | III | IV | V | VI | VII | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Jahr | Kommunalzuschlag auf Mahl- und Schlachtsteuer | Mahlsteuer-Drittel | Summe von I u. II | Staats-Mahl- und Schlachtsteuer | Summe von III u. IV | Pro Kopf der Bevölkerung wurde also erhoben | Gesamteinnahme an Kommunalsteuern | III in % von IV |
| | Mk. | Mk. | Mk. | Mk. | Mk. | Mk. | Mk. | % |
| 1832 | 20 378 | — | 20 378 | 80 000 (?) | 100 000 (?) | 4,00 (?) | 93 693 | 21,75 |
| 1849 | 30 445 | 15 950 | 46 395 | — | — | — | — | — |
| 1855 | 52 674 | 35 514 | 88 188 | — | — | — | — | — |
| 1856 | 52 794 | 35 312 | 88 106 | 167 222 | 255 328 | 7,01 | 184 536 | 47,74 |
| 1857 | 61 055 | 40 968 | 102 023 | — | — | — | 216 816 | 47,06 |
| 1858 | — | — | 108 760 | 160 013 | 268 773 | 7,02 | 228 921 | — |
| 1859 | — | — | 111 063 | 178 287 | 289 340 | 7,35 | — | — |
| 1860 | 67 304 | 42 664 | 109 968 | 156 177 | 266 145 | 6,58 | — | — |
| 1861 | 70 630 | 42 457 | 113 087 | 211 212 | 324 299 | 7,81 | — | — |
| 1862 | — | — | 116 259 | 170 505 | 286 764 | 6,70 | — | — |
| 1863 | — | — | 125 567 | 182 630 | 308 197 | 6,95 | 277 778 | 45,21 |
| 1864 | — | — | 134 194 | 194 920 | 329 114 | 7,31 | — | — |
| 1865 | — | — | 141 816 | 217 489 | 359 305 | 7,80 | — | — |
| 1866 | — | — | 132 204 | 195 132 | 327 336 | 6,94 | — | — |
| 1867 | 80 609 | 45 420 | 126 029 | 196 786 | 322 815 | 6,70 | 300 318 | 41,96 |
| 1868 | 84 565 | 47 166 | 131 731 | 202 464 | 334 195 | 6,83 | 359 874 | 36,61 |
| 1869 | — | — | 178 443 | 223 082 | 401 525 | 8,10 | 369 153 | 48,34 |
| 1870 | — | — | 194 442 | 228 701 | 423 143 | 8,39 | 442 233 | 43,97 |
| 1871 | — | — | 199 470 | 224 434 | 423 904 | 8,25 | 534 729 | 37,30 |
| 1872 | — | — | 197 454 | 249 173 | 446 627 | 8,28 | 599 709 | 32,98 |
| 1873 | — | — | 199 797 | 253 722 | 453 519 | 8,11 | 598 116 | 33,41 |
| 1874 | — | — | 198 900 | 259 387 | 458 287 | 7,92 | 613 176 | 32,44 |

Es ist ja eine anerkannte Tatsache, statistisch festzustellen, wie groß gerade die Belastung der wirtschaftlich Schwächsten durch Lebensmittelsteuern überhaupt ist. Wenn nun gar eine Gemeinde noch das Recht hat einen Zuschlag zu einer staatlichen Lebensmittelsteuer zu erheben, so will es mir scheinen, als hätte man zu viel des Guten getan.

Interessant ist, wie z. B. der bayrische Landtagsabgeordnete Segitz das Verhalten[1]) der sozialdemokratischen Gemeindemitglieder von Fürth, die das Oktroi in Fürth aufrecht erhalten hatten, wie folgt verteidigen will.

„Was die indirekten Steuern betrifft, so sollte man nicht darüber streiten, wie die Steuern wirken, sondern die Frage sollte lauten: Werden durch Beseitigung der städtischen indirekten Auflagen auch die belasteten Lebensmittel wirklich billiger?“

Wie steht es mit der Frage?

Wir haben schon vorhin gesagt, daß sich gleich nach der Einführung der Mahl- und Schlachtsteuer ein Kampf erhob (namentlich im Jahre 1848) gegen die Verzehrungssteuer, daß die Regierung aber nur zum Teil auf die die Beseitigung der Steuer abzielenden Anträge der städtischen Behörden einging.

Unserem Ermessen nach müssen gerade die städtischen Behörden guten Grund gehabt haben, eine derartige erbitterte Opposition zu machen gegen die Steuer; sie haben geglaubt, daß nach Aufhebung wenigstens des kommunalen Zuschlags die Preise für die von der Steuer getroffenen Lebensmittel niedriger werden. Sie werden stets nur für den armen Mann in dieser Angelegenheit eingetreten sein, denn von jeher hat Halle sehr viel arme Bevölkerung gehabt.

Wir haben oben schon darauf hingewiesen, daß die Stadt, um die arme Bevölkerung zu entlasten, die Umwandlung der Mahl- und Schlachtsteuer in eine Klassensteuer beantragte, daß sie ferner 1848 beantragte, die zwei Drittel der Mahlsteuer, die der Staat nach Überlassung von $^1/_3$ an die Gemeinden sich vorbehalten hatte, durch eine direkte Steuer aufzubringen, von dieser jedoch die Einwohner mit einem Einkommen von nur 240—300 Mk. freizulassen.

Durch diese Opposition hat die Stadtverwaltung damals mit vielem Rechte für die Entlastung der unteren Klassen gewirkt. Ob das auch heute noch mit Recht geschehen könnte oder ob andere Städte z. B. nicht vielmehr gezwungen sein könnten, gerade eine solche Steuer weiter zu erheben, soweit dies gesetzlich zugelassen ist, ist für jeden einzelnen Fall festzustellen. So muß man z. B. bei dem die Stadt Heidelberg betreffenden Falle vom Jahre 1897 das Vorgehen der städtischen Behörden durchaus billigen. Es heißt da in dem Heidelberger Rechenschaftsberichte der städtischen Kassen für 1897: „Bei den namhaften an die Stadt sich geltend machenden

[1]) Damaschke S. 195.



Anforderungen war er auch vom praktischen Standpunkte aus durchaus untunlich, auf die Forterhebung der Verbrauchssteuer zu verzichten, wenn man nicht eine sehr beträchtliche Steigerung der direkten Umlagen herbeiführen wollte, die für eine auf den Zugang wohlhabender Leute angewiesene Stadt wie Heidelberg nur von Nachteil hätte sein können. Es wurde demgemäß, als an den Bürgerausschuß gegen Ende des vorigen Jahres die Notwendigkeit herantrat, sich über das Weiterbestehen des Oktrois schlüssig zu machen, von diesem Kollegium mit 84 gegen 18 Stimmen beschlossen, diese Einrichtung nach Maßgabe der seitherigen Tarife auf unbestimmte Zeit beizubehalten.“

Damaschke verurteilt deshalb mit Unrecht die Heidelberger Stadtverwaltung, die mit ihrem Beschlusse keineswegs „offen zugegeben hat, daß die Aufrechterhaltung der Verbrauchssteuern allein im Interesse der wohlhabenden Bevölkerungsklasse liegt“, sondern einzig und allein im ureigensten Interesse der Stadt und ihrer Bewohner.

Es ist eben in jedem einzelnen Falle auf die Verhältnisse und besonderen Eigentümlichkeiten einer Stadt Rücksicht zu nehmen, ferner darauf, wie hoch die wohlhabenden Bevölkerungsklassen schon belastet sind, schließlich darauf, ob durch eine Beseitigung der Verbrauchssteuer die Objekte der Besteuerung wirklich billiger werden. Man hat nämlich gerade in den letzten Jahren in einigen rheinischen Städten die Erfahrung gemacht, daß nach Beseitigung der Verbrauchssteuer die Lebensmittel keineswegs billiger geworden sind; deshalb will man auch wieder an die Erhebung von Verbrauchssteuern in den betr. Städten herangehen. Damit würde auch allerdings der arme Mann, ohne direkt wirklich belastet zu werden, sich in dem Bewußtsein wiegen können, daß er ohne es zu merken eine Steuer zahlt. Überhaupt sind ja Verbrauchssteuern dazu angetan einen Ausgleich gegenüber den Leistungen von Staat und Gemeinde darzustellen.

Nur will es uns scheinen, daß gerade bei der Mahl- und Schlachtsteuer dieser Vorteil der Steuer illusorisch wurde durch die Doppelbesteuerung, einmal nämlich durch die Staatssteuer und dann durch den Zuschlag der Gemeinden, der bis zu 50 % der Staatssteuer schließlich gesteigert werden durfte. Es dürfte selbstverständlich sein, daß dadurch ein ziemliches Steigen der Preise der Steuerobjekte eintreten und daß eine Beseitigung der Verbrauchssteuer auf jeden Fall ein Niedergehen der Preise im Gefolge haben mußte.

Aus obenstehender Tabelle ist zu ersehen, daß während des Bestehens der Mahl- und Schlachtsteuer der kommunale Anteil daran

stets einen wesentlichen Teil der Kommunalsteuern überhaupt bildete; so im Jahre 1832: 21,75 % aller Kommunalsteuern, 1869 gar 48,34 % und 1874: 32,44 %; wie bedeutend die Summe war, die auch der arme Mann als Steuer aufbrachte, zeigt in der Tabelle Spalte VI: es wurden pro Kopf der Bevölkerung bis zu 8,39 Mk. erhoben.

### d) Biersteuern.

**Kommunaler Zuschlag zur Braumalzsteuer und eine Gemeindesteuer von Bier vom 6. September 1886.**

Unterm 6. September 1886 wurde nachstehendes Regulativ erlassen:

Auf Grund des § 53 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 wird hierdurch für den Stadtbezirk Halle a. S. das nachstehende Regulativ erlassen.

§ 1. Von dem im Stadtbezirk gebrauten Biere wird vom 1. April 1887 ab ein Kommunalzuschlag von 50 % zu der nach Maßgabe der Gesetze vom 31. Mai 1872 zur Hebung gelangenden staatlichen Braumalzsteuer erhoben.

§ 2. Von demselben Zeitpunkte ab wird von dem von auswärts in den Stadtbezirk eingeführten Biere eine Kommunalabgabe von 65 Pfg. pro 100 l erhoben, welche der Empfänger zu entrichten hat. Geht Bier in Gebinden von mehr oder weniger als 100 l Inhalt ein, so wird die Abgabe nach Verhältnis des festzustellenden Inhalts berechnet und erhoben.

§ 3. Von der Steuer befreit ist

a) Bier, das in Mengen von weniger als 100 l eingeführt,

b) Bier, welches durch den Stadtbezirk nur durchgeführt wird.

Diese beiden Biersteuern haben der Stadt recht nette Erträge geliefert. Man kann aus der Tabelle auch ersehen, daß die einheimischen Brauereien einen erfolgreichen Kampf geführt haben gegen die auswärtigen Brauereien, insofern nämlich, als die Steuer von dem von auswärts eingeführten Biere während eines Zeitraums von 13 Jahren von 31460 Mk. nur auf 42661 Mk. d. h. nur etwa um 11000 Mk. gestiegen ist, während die Steuer der einheimischen Brauereien in demselben Zeitraum um 55000 Mk. d. h. um ziemlich das doppelte gestiegen sind, woraus sich klar und deutlich der Schluß ziehen läßt, daß auch ihr Absatz sich verdoppelt hat. (Tabelle S. 19).

### e) Die Hundesteuer.

Die Hundesteuer, die den Zweck hat, dem übermäßigen Halten von Hunden vorzubeugen, wurde durch die Königl. Kabinetsordre



**Kommunaler Zuschlag zur Braumalzsteuer und eine Gemeindesteuer von Bier v. 6. September 1886.**

| Jahr | An Zuschlag zur Braumalzsteuer | An Steuer von dem von auswärts eingeführten Biere | und zwar für hl | Summa der beiden Steuern | und nach Abzug der Ausgaben für dieselben | Unter diesen Ausgaben befinden sich als Rückvergütung für hier gebrautes und ausgeführtes Bier | Pro Kopf der Bevölkerung wurde also erhoben, wenn der Bruttobetrag berücksichtigt wird | Der Bruttoertrag der Biersteuern sind Prozent der Gesamtsteuereinnahme |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mk. | Mk. | | Mk. | Mk. | Mk. | Mk. | |
| 1887/88 | 57 223 | 31 460 | 48 400 | 88 683 | 85 187 | — | 1,03 | 7,56 |
| 1888/89 | 59 377 | 33 368 | 51 327 | 92 745 | 85 904 | — | 1,04 | 7,29 |
| 1889/90 | 62 481 | 36 198 | 55 679 | 98 679 | 84 842 | 10 103 | 1,05 | 7,08 |
| 1890/91 | 68 424 | 40 666 | 62 563 | 109 090 | 93 467 | — | 1,09 | 7,16 |
| 1891/92 | 70 873 | 38 239 | 58 827 | 109 112 | 92 259 | — | 1,06 | 6,90 |
| 1892/93 | 77 250 | 38 343 | 59 988 | 115 593 | 87 612 | — | 1,10 | 6,51 |
| 1893/94 | 82 490 | 36 099 | 55 538 | 118 589 | 92 300 | — | 1,11 | 6,62 |
| 1894/95 | 85 160 | 31 151 | 47 943 | 116 311 | 84 588 | 27 045 | 1,06 | 5,81 |
| 1895/96 | 95 498 | 31 179 | 47 967 | 126 677 | 96 400 | 25 072 | 1,11 | 6,42 |
| 1896/97 | 99 845 | 34 007 | 52 318 | 133 852 | 98 006 | 30 414 | 1,15 | 5,42 |
| 1897/98 | 107 116 | 35 934 | 55 285 | 143 050 | 113 383 | 23 842 | 1,19 | 5,62 |
| 1898/99 | 113 608 | 39 684 | 61 052 | 153 292 | 108 537 | 40 224 | 1,23 | 5,73 |
| 1899/1900 | 111 715 | 42 661 | 65 631 | 154 376 | 112 167 | 41 367 | 1,21 | 5,53 |

vom 29. April 1829 genehmigt und mit einem Maximalsatz von 9 Mk. festgestellt.

Ferner kommen für diese Steuer in Betracht der § 53 der Städteordnung vom 30. Mai 1853, der den Stadtgemeinden die Berechtigung erteilt zur Einführung einer Hundesteuer, ferner das Gesetz vom 1. März 1891 betreffend die Erhöhung des Höchstbetrags.

Hundesteuer wurde erhoben:

| Jahr | Betrag der Steuern Mk. | Jahr | Betrag der Steuern Mk. | Zahl der versteuerten Hunde |
|---|---|---|---|---|
| 1857 | 1863 | 1882/83 | 8 542 | — |
| 1858 | 1955 | 83/84 | 7 713 | — |
| 1859 | 1863 | 84/85 | 8 426 | — |
| 1860 | 1827 | 85/86 | 9 223 | — |
| 1861 | 2108 | 86/87 | 10 043 | — |
| 1862 | 2174 | 87/88 | 10 721 | 1049 |
| 1863 | 2404 | 88/89 | 11 744 | 1170 |
| 1864 | 2607 | 89/90 | 12 482 | 1300 |
| 1865 | 3127 | 90/91 | 13 828 | 1305 |
| 1866 | 3105 | 91/92 | 13 377 | 1394 |
| 1867 | 3586 | 92/93 | 12 323 | 1260 |
| 1868 | 3924 | 93/94 | 17 712 | 1180 |
| 1869 | 4378 | 94/95 | 28 427 | 1433 |
| 1870 | 4856 | 95/96 | 25 536 | 1361 |
| 1871 | 5709 | 96/97 | 25 358 | 1219 |
| 1879/80 | — | 97/98 | 25 676 | 1213 |
| 1880/81 | 7787 | 98/99 | 26 084 | 1197 |
| 1881/82 | 7968 | 99/1900 | 27 215 | 1249 |

Mit dem 1. Oktober 1893 ist das neue Hundesteuerregulativ vom 7. März 1892, bestätigt unterm 29. April 1893, auf Grund des Gesetzes vom 1. März 1891 in Kraft getreten. Damit ist die Erhöhung der Hundesteuer von 4,50 Mk. auf 7,50 Mk. für das Halbjahr vom 1. Oktober 1893 bis Ende März 1894 und auf 20 Mk. jährlich vom 1. April 1894 ab eingetreten.

Trotz der erhöhten Steuer ist die Zahl der steuerpflichtigen Hunde nicht zurückgegangen, denn während mit Beginn des Jahres 1893—94 1180 Hunde versteuert wurden, betrug am Schlusse desselben die Zahl der zur Versteuerung angemeldeten Hunde 1463.

Einen Einfluß scheint dagegen die Erhöhung auf 20 Mk. in dieser Beziehung ausgeübt zu haben, denn es fällt der Betrag der Steuer von 28427 im Jahre 1894/95 auf 25536 im Jahre 1895/96 und ebenso verringert sich die Zahl der steuerpflichtigen Hunde.

Leider war es uns nicht möglich, die Zahlen für die erste Hälfte des Jahrhunderts zu finden, sicher aber ist, daß auch in Halle die



Hundesteuer schon 1829 eingeführt wurde. Interessant ist eine Vergleichung dieser Einnahme mit derselben der Stadt Berlin. Dort ergab die Hundesteuer

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Jahr | 1830 | Einnahme | 25857 | Mk. |
| „ | 1835 | „ | 17879 | „ |
| „ | 1840 | „ | 27287 | „ |
| „ | 1845 | „ | 67345 | „ |
| „ | 1850 | „ | 81494 | „ |
| „ | 1855 | „ | 60390 | „ |
| „ | 1860 | „ | 72821 | „ |
| „ | 1865 | „ | 153596 | „ |
| „ | 1870 | „ | 171349 | „ |
| „ | 1875 | „ | 256364 | „ |
| „ | 1880/81 | „ | 307129 | „ |
| „ | 1885/86 | „ | 287498 | „ |
| „ | 1890/91 | „ | 346000 | „ |
| „ | 1891/92 | „ | 348000 | „ |

Auch hier ist der Satz von 9 Mk. pro Hund jährlich bis in die letzte Zeit festgehalten worden, obwohl die Stadtverwaltung wiederholt eine Erhöhung der Steuer beantragt hat, da die Verminderung des Geldwertes den eigentlichen Zweck der Steuer, dem übermäßigen Halten von Hunden vorzubeugen, untergraben hätte. Auch hier wurde erst durch das Gesetz vom 1. März 1891 diesen Anforderungen Folge geleistet, so daß vom 1. April 1892 an eine Hundesteuer von 20 Mk. erhoben wird.[1])

Es wurden erhoben in

| Ort | 1860 | | | 1870 | | | 1890/91 | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mk. | für Hunde (rund) | ein Hund kam auf Einwohner | Mk. | für Hunde (rund) | ein Hund kam auf Einwohner | Mk. | für Hunde (rund) | ein Hund kam auf Einwohner |
| Halle | 1827 | 200 | 200 | 4856 | 540 | 94 | 13828 | 1305 | 77 |
| Berlin | 72821 | 8090 | 56 | 171349 | 19040 | 40 | 346000 | 38440 | 40 |

Anmerkung: Außer dem Pariser Oktroi besteht in dieser Stadt nur noch die Hundesteuer als selbständige indirekte Gemeindesteuer — alle direkten Gemeindesteuern in Paris (Frankreich) stellen nur Zuschläge zu den Staatssteuern dar — und zwar wurde sie eingeführt durch das Gesetz vom 2. Mai 1855 (in

[1]) Rowe S. 134.

Preußen 1829). Das Gesetz bestimmt ein Maximum von 10 Fr. und ein Minimum von 1 Fr. Die Hunde werden klassifiziert, je nachdem sie dem Luxus dienen oder Wachthunde u. s. w. sind. Erstere Klasse bezahlt den höchsten Betrag, letztere den mindesten. Die Steuer hat also nicht einen rein indirekten Charakter; sie ergab 1891 eine Einnahme von 409 520 Mk., während die Einnahme aus der Berliner Steuer in demselben Jahre 346 000 Mk. betrug, obwohl der Steuersatz hier auch nur 9 Mk. betrug, außerdem aber die Wachthunde u. s. w. freigelassen waren, und obwohl die Einwohnerzahl von Berlin um fast 1 Million niedriger war als die von Paris; aus all dem läßt sich der Schluß ziehen, daß in Paris und Frankreich überhaupt bei einer Erhöhung der Hundesteuer auf vielleicht 20 Fr. und Beseitigung der Klassifizierung der doppelte, ja vielleicht der 3fache Ertrag zu erzielen wäre.

### f) Die städtische Mietsteuer.

Durch den Wegfall der Mahl- und Schlachtsteuer im Jahre 1875 veranlaßt wurde die Erhebung einer städtischen Grund- und Mietsteuer vom 1. Januar 1875 ab von den Behörden beschlossen.

**Die städtische Mietsteuer von 1875—95.**

| Jahr | Die Mietsteuer bis 1894/95 als 5 % vom Mietwert | Zahl der besteuerten vermieteten Wohnungen u. Geschäftsräume | % der Einnahmen an Kommunalsteuern |
|---|---|---|---|
| 1875 | — | — | — |
| 1876 | — | — | — |
| 1. 1. 77 bis 30. 3. 78 | — | — | — |
| 1. 4. 78—79 | — | — | — |
| 1879/80 | 249 218 | 14 042 | 32,71 |
| 1880/81 | 261 007 | 15 086 | 32,88 |
| 1881/82 | 271 557 | 15 684 | 32,63 |
| 1882/83 | 279 692 | 15 962 | 31,36 |
| 1883/84 | 295 059 | 16 172 | 30,56 |
| 1884/85 | 321 158 | 16 392 | 31,21 |
| 1885/86 | 328 556 | 16 611 | 31,05 |
| 1886/87 | 342 273 | 16 840 | 31,01 |
| 1887/88 | 336 322 | 18 573 | 28,26 |
| 1888/89 | 355 346 | 19 755 | 27,92 |
| 1889/90 | 398 423 | 20 506 | 28,57 |
| 1890/91 | 431 119 | 21 497 | 28,32 |
| 1891/92 | 450 039 | 22 948 | 24,35 |
| 1892/93 | 360 999 | 23 044 | 20,33 |
| 1893/94 | 471 235 | 23 686 | 23,91 |
| 1894/95 | 477 930 | 23 070 | 23,45 |

Die Mietsteuer lieferte ganz bedeutende Einnahmen. Die wichtigsten Paragraphen des diesbezüglichen Mietsteuerregulativs sind folgende:

§ 9. Die Mietssteuer wird nach Maßgabe des ermittelten Miets- oder Pachtertrages bezw. Nutzungswertes entrichtet für die Benutzung



einer jeden Räumlichkeit oder Liegenschaft, welche Bestandteil oder Zubehör der im § 1 (des Grundsteuerregulatives) bezeichneten steuerpflichtigen Grundstücke ist.

§ 16. Die Ausschreibung der Mietssteuer erfolgt alljährlich nach den zur Zeit derselben katastermäßig festgestellten Miets- und Pachterträge bezw. Nutzungswerten.

Auch der Eigentümer eines steuerpflichtigen Grundstücks wird für seine Wohnung zur Mietsteuer herangezogen. Im übrigen verweisen wir auf das „Regulativ für die Erhebung der Grund- und Mietsteuer in der Stadt Halle a. S. Halle a. S. 1890".

Der Ertrag der Mietsteuer ist nach vorstehender Tabelle innerhalb 15 Jahren um fast das Doppelte gestiegen, trotzdem bildet sie am Ende ihrer Existenz nur noch 23,45 % der Einnahme an Kommunalsteuern, während sie kurz nach ihrem Inslebentreten 32,71 % der Gesamteinnahme an Kommunalsteuern ausmachte. Der Prozentsatz wäre im Laufe der Jahre noch viel weiter heruntergegangen und vielleicht ganz unbedeutend geworden, wenn auch Halle diese Steuer allmählich, wie es recht und billig gewesen wäre, progressiv gestaltet hätte; es hängen nämlich mit der Mietsteuer[1]) wesentlich finanzpolitische Bedenken zusammen.

Daß die Ausgaben für Miete in den verschiedenen Gesellschaftsklassen in gar keinem gleichen Verhältnis zu den einzelnen Einkommen stehen, ist schon oft unwiderleglich dargelegt worden. Ja die statistischen Untersuchungen zeigen, daß die Mieten zum Einkommen in einem umgekehrten Verhältnis stehen, d. h. die niedrigeren Einkommen müssen einen viel höheren Prozentsatz für Miete ausgeben als die höheren. Bei einer gleichen Belastung der Mieten von 5 % wirkt daher die Steuer wie eine umgekehrt progressive Einkommensteuer.

Die Gründe, die für ihre Beibehaltung sprechen, können im wesentlichen nur die sein, daß man eine bestehende hochentwickelte, wenn auch nicht ganz befriedigende Steuer eher beibehalten will, als daß man eine neue und vermutlich gute aber noch nicht erprobte einführt.

So hat man denn auch diese Steuer in Halle beibehalten bis zum Jahre 1895, welches das neue Abgabengesetz realisierte und damit die Aufhebung der Mietssteuer brachte. Man hat die 20 Jahre hindurch die Mieten gleich belastet d. h. man hat von 1875—1895 5 % vom Mietswert als Mietssteuer erhoben, während man in Berlin diese Steuer

[1]) Rowe, S. 130.

allmählich progressiv gestaltete. Diese Stadt wollte natürlich auf diese wichtige Einnahmequelle auch nicht verzichten — 1880/81 trug die Mietsteuer etwas über 97 000 Mk. mehr als die Gemeindeeinkommensteuer (Mietsteuer 1880/81 9 599 246 Mk., Gemeindeeinkommensteuer 9 501 721 Mk.) — und dachte daher, die Hauptbedenken gegen diese Steuer durch eine progressive Gestaltung der Mietsteuersätze beseitigen zu können, dadurch hätte die Mietsteuer wenigstens annähernd den Charakter einer Einkommensteuer angenommen.

Diesen Anschauungen gemäß wurden im Jahre 1884 und 1885 verschiedene Berichte und Anträge sowohl dem Oberpräsidenteu der Provinz Brandenburg als dem Ministerium der Finanzen und des Innern eingereicht.

Die städtische Verwaltung verlangte darin die Genehmigung der Aufsichtsbehörde zu einer Erhöhung der Mietsteuer von $6^2/_3$ % auf $8^1/_3$ % für Räume höheren Mietwertes und eine Entlastung der billigeren Wohnungen.

Aus verschiedenen Gründen, unter welchen die wichtigsten

1. eine befürchtete Überbürdung der Mittelklassen und

2. die von der Regierung beabsichtigte gänzliche Beseitigung der Mietsteuer waren, wurde die Genehmigung nicht erteilt. Die Stadtverwaltung betrachtete die Sache aber als hierdurch nicht erledigt. In einem an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg gerichteten Bericht vom 19. September 1888 werden die Gründe angegeben, die für die Beibehaltung der Mietsteuer sprechen. Erst im Jahre 1889/90 wurde erreicht, daß die Mietssteuer nach verschiedenen Prozentsätzen erhoben wurde und zwar waren die Sätze:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| für Wohnungen | unter | 300 Mk. | jährlich | 3 % |
| „ „ | von 3—600 | „ | „ | 5 % |
| „ „ | über | 600 „ | „ | $6^2/_3$ %. |

Daß diese Steuererlasse einen bedeutenden Ausfall in den Einnahmen hervorbringen würden, war vorauszusehen. Dieser Ausfall gestaltete sich folgendermaßen.

Für Wohnungen bis zu 300 Mk. wäre der Steuerbetrag
bei $6^2/_3$ % gewesen 2 168 386,13 Mk.
während er „ 3 % nur war 975 777,76 „
also ein Ausfall von 1 192 612,37 Mk.



Die Wohnungen von 301—600 Mk. würden
bei $6^2/_3$ % ergeben haben 2 209 138,73 Mk.
während „ 5 % der Betrag nur 1 656 854,05 „
war, also ein Ausfall von 552 248,68 Mk.

Danach war der Gesamtausfall 1 744 897,05 Mk.

Für das Etatsjahr 1891/92 wurden noch weitergehende Steuerklassen beschlossen, der Tarif war folgender:

Für Wohnungen mit einem Mietswerte

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| von | 201— | 400 Mk. | sind zu zahlen | 2 % |
| „ | 401— | 600 „ | „ „ | 3 % |
| „ | 601— | 800 „ | „ „ | 4 % |
| „ | 801—1000 | „ | „ „ | 5 % |
| „ | über 1000 | „ | „ „ | $5^2/_3$ %. |

Diese Ermäßigungen bedeuten einen weiteren Ausfall von 2 000 000 Mk., so daß der gesamte Ausfall seit Anfang der Steuererlasse im Jahre 1889 3 700 000 Mk. beträgt.

### g) Die Lustbarkeitsteuer.

Sie ist zwar schon älteren Datums, ist aber früher erhoben worden als Polizeigebühr und floß als solche in die Kasse der Armenverwaltung, und zwar in den Fonds zur Unterstützung verschämter Armen. Daß diese Abgabe als Steuer einen höheren Ertrag lieferte als die Polizeigebühr, geht daraus hervor, daß sie 1895/96 37 722 einbrachte, während 1894/95 nur 26 605 Mk. in die Armenkasse flossen. Erst seit dem 1. April 1895 mit Einführung eines neuen Tarifs ist sie als Steuer in den Verwaltungsberichten zu finden. Die Steuer wird erhoben für Tanzbelustigungen, Konzerte und andere Lustbarkeiten. Der Tarif ist ein zu langatmiger, als daß er hier angeführt werden könnte. Neuerdings im Jahre 1902 ist ein neuer Tarif festgesetzt, der eine wesentliche Steigerung der Steuer zur Folge haben wird, worauf wir in dem Kapitel „Die Weiterentwicklung der Gemeindesteuern“ noch zurückkommen werden.

Ehe wir ganz die Betrachtung über die indirekte Besteuerung, während des Jahrhunderts verlassen, wollen wir noch eine Tabelle einfügen mit den Summen, die die indirekte Besteuerung während der angeführten Jahre des Jahrhunderts gebracht hat, indem wir vorausbemerken, daß wir leider nicht gleich große Abstände zwischen den einzelnen Jahren halten konnten, da einmal für diese, dann für

jene Steuer die Zahlen fehlten; so haben wir dann nur die Jahre gewählt, für die die Summen sämtlicher indirekter Steuern vorhanden sind und wir glauben, daß das entstandene Bild genügend klar ist, um die Entwicklung der indirekten Besteuerung genau beobachten zu können, namentlich ihr Verhältnis zur Gesamtheit der Kommunalsteuern, dann der etatsmäßigen Einnahmen überhaupt und schließlich zur Bevölkerung.

Die obenstehende Tabelle zeigt, wie noch in der Mitte des Jahrhunderts die indirekte Besteuerung einen wesentlichen Einfluß auf den Haushalt hatte. Sie lieferte ungefähr ein Drittel der Gesamteinnahme, aber immer mehr nimmt sie ab, bis ihr schließlich mit der Einführung des Abgabengesetzes von 1893 fast ihr ganzer Einfluß auf den Haushalt genommen wird. 1832 bilden die indirekten Steuern ungefähr 23 % der gesamten Steuereinnahme, steigen schließlich in der Mitte des Jahrhunderts einmal bis über 50 % und halten sich bis zur Einführung des Abgabengesetzes von 93 noch auf 36 % der Gesamtsteuereinnahme, um danach nur noch ungefähr den 10. Teil der Einnahme an Steuern auszumachen; auch die Belastung mit indirekten Steuern pro Kopf der Bevölkerung zeigt ein ähnliches Bild und erreicht ihren Höhepunkt kurz vor der Einführung des Abgabengesetzes von 1893 mit einem Kopfsatz über 5 Mk., der sofort mit dem Abgabengesetz auf unter 2 Mk. zurücksinkt.

### b) Die Baupolizeigebühren.

Sie sind vom 1. April 1895 ab neu eingeführt und werden nach der durch Schätzung festzustellenden Höhe der Kosten eines jeden Baues abgestuft und betragen bei einer Höhe der Baukosten

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| bis zu 75 Mk. | einschließlich | 2,50 Mk. | | | |
| bei mehr als 75 | „ | bis zu 150 | 5 | „ | |
| „ „ „ 150 | „ | „ „ 500 | 7,50 | „ | |
| „ „ „ 500 | „ | „ „ 1000 | 10 | „ | |

**Lustbarkeitssteuer und Baupolizeigebühren.**

| Jahr | Ertrag der Lustbarkeitssteuer | Ertrag der Baupolizeigebühren |
|---|---|---|
| 1895/96 | 37 722 | 23 412 |
| 1896/97 | 39 674 | 22 598 |
| 1897/98 | 39 693 | 24 611 |
| 1898/99 | 43 384 | 23 580 |
| 1899/1900 | 52 859 | 22 118 |



**Die indirekte Besteuerung.**

| Jahr | Mahl- und Schlachtsteuer Mk. | Hundesteuer Mk. | Miet-steuer Mk. | Biersteuern Mk. | Lustbarkeitssteuer Mk. | Baupolizeigebühren Mk. | Summe Mk. | % der Einnahmen an Kommunalsteuern | % der etatsmäßigen Einnahme | pro Kopf der Bevölkerung |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1832 | 20 378 | 1 000 (Annahme) | — | — | — | — | 21 378 | 23 | 11 | 0,86 |
| 1855 | 88 188 | 1 700 (Annahme) | — | — | — | — | 89 888 | 51 | 33 | 2,54 |
| 1860 | 109 968 | 1 827 | — | — | — | — | 111 795 | 48 | 32 | 2,76 |
| 1865 | 141 816 | 3 127 | — | — | — | — | 144 943 | 48 | 33 | 3,15 |
| 1870 | 194 442 | 4 856 | — | — | — | — | 199 298 | 45 | 26 | 3,55 |
| 1874 | 198 900 | 6 000 (Annahme) | — | — | — | — | 204 900 | 33 | 19 | 3,54 |
| 1880/1881 | — | 7 787 | 261 007 | — | — | — | 268 794 | 34 | 19 | 3,73 |
| 1887/1888 | — | 10 721 | 336 322 | 88 683 | — | — | 425 726 | 36 | 18 | 4,95 |
| 1891/1892 | — | 13 377 | 450 030 | 109 112 | — | — | 572 528 | 36 | 18 | 5,58 |
| 1895/1896 | — | 25 530 | — | 126 677 | 37 722 | 23 412 | 213 347 | 11 | 5 | 1,86 |
| 1899/1900 | — | 27 215 | — | 154 376 | 52 859 | 22 118 | 256 568 | 9 | 5 | 2,91 |

Sie steigen bei Baukosten von mehr als 1000 Mk. von 10 Mk. ab für jede angefangene weitere Tausend um 2,50 Mk.

Bei Genehmigung zur Ausführung von Kanalanschlüssen ermäßigt sich die Gebühr auf die Hälfte der obigen Sätze.

## Die direkte Besteuerung.

Eine nähere Betrachtung der vorliegenden Tabelle zeigt uns, wie bedeutend die Rolle der indirekten Steuern im städtischen Haushalt bis zur Abschaffung der Mietsteuer im Jahre 1895 ist. Seit dem ist die indirekte Besteuerung ein beinahe außer Betracht kommendes Element im städtischen Haushalt. Gerade zu der Zeit nach dem großen Kriege 1870/71, als die Stadt auf die bedeutenden Einnahmen der indirekten Mahl- und Schlachtsteuer verzichtete, war es ungefähr, daß die großen Probleme einer heranwachsenden Großstadt an die Gemeinde herantraten, und der notwendige Geldbedarf ein immer größerer und größerer wurde. Man half sich zum Teil mit der schon angeführten indirekten Mietsteuer und dann mit der direkten Grundsteuer, die beide zusammen den gewaltigen Ausfall an Zuschlag zur Mahl- und Schlachtsteuer und Staatsgebäudesteuer decken sollten. Dauernd jedoch sollte sich die Stadt auch der indirekten Mietsteuer, wie wir schon zeigten, nicht freuen, da sie mit dem Abgabengesetz von 1893 in Fortfall kommen mußte, so daß auch die letzte ertragreiche indirekte Gemeindesteuer zum größten Leidwesen der städtischen Behörden 1895 aus dem Leben schied. Wir wollen nun einen Blick werfen auf die Entwicklung der direkten städtischen Besteuerung, die namentlich vom Jahre 1895 an immer höherer Blüte entgegengeht.

### i) Die Kommunalsteuer und k) die Kommunaleinkommensteuer.

i) Die Kommunalsteuer wurde als Ersatz für den durch den Wegfall des Oktrois entstandenen Ausfall von ungefähr 25000 Thlr. (75000 Mk.) am 1. Juli 1821 eingeführt. Dieselbe sollte jedoch keine bleibende sein und jedes Jahr nach Maßgabe [1]) des dringendsten Bedürfnisses (für 1821 war dasselbe zur Tilgung und Verzinsung der städtischen Schuld auf 38328 Mk., für das Armenwesen auf 35400 Mk. berechnet) besonders festgestellt und erhoben werden. Die Abgabe

[1]) v. Hagen, II, S. 311.



wurde auf 5 % vom Einkommen der Hausbesitzer, Kapitalisten und Handel- und Gewerbetreibenden, auf 4 % von dem der Ackerbesitzer und Pächter, auf 1 % von dem der Beamten und Pensionäre bis 750 Mk., 1½ % bis 1500 Mk. exkl. und 2 % von 1500 Mk. und darüber, auf 2 und resp. 1 % von Gesellen- und Tagelohn bis herab zu dem Betrage von 150 Mk. festgestellt.

k) Diese Kommunalsteuer wurde abgelöst durch die Einführung einer Kommunaleinkommensteuer vom Jahre 1841 und durch die schließliche Festsetzung des in Gemäßheit des § 53 der Städteordnung umgearbeiteten Regulativs der Einkommensteuer für die Stadt Halle vom 12. April 1840 im Jahre 1855.

Der der Veranlagung zu Grunde liegende, jedes Einkommen unter 240 Mk. unbesteuert lassende Tarif berücksichtigt ein progressives Steigen des Steuersatzes im Verhältnis des steigenden Einkommens und setzt den einfachen Steuersatz von 240 bis exkl. 270 Mk. auf 0,20 Mk.; von 900—930 Mk. auf 2,26 Mk.; von 1200—1230 Mk. auf 3,00 Mk.; von 3000—3030 Mk. auf 7,50 Mk.; von 9000—9030 Mk. auf 22,50 Mk. fest.

Im Jahre 1857 betrug das städtische Einkommensteuer-Soll 112174 Mk. gegen nur 71700 Mk. im Jahre 1841. Diese Gemeindeeinkommensteuer, deren Ertrag aus untenstehender Tabelle zu ersehen ist, bleibt bestehen bis zum Jahre 1875. Von da ab ist sie eine in ihrer Höhe wandelbare Steuer, deren Sätze nach Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und nach Einführung der Klassensteuer vom 1. Januar 1875 in Prozenten der Staatsklassensteuer und der klassifizierten Einkommensteuer jährlich festgestellt wurden.

Zur Gemeindeeinkommensteuer waren im Jahre 1871 veranlagt und zwar mit einem Einkommen von

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 240 Mk. | | 2118 | Steuerzahler | 16050—30000 Mk. | | 10 | Steuerzahler |
| 270— 450 | „ | 3293 | „ | 36000 | „ | 1 | „ |
| 480— 750 | „ | 1163 | „ | 39000 | „ | 1 | „ |
| 780— 1080 | „ | 543 | „ | 45000 | „ | 1 | „ |
| 1110— 1500 | „ | 512 | „ | 120000 | „ | 1 | „ |
| 1530— 2100 | „ | 284 | „ | 150000 | „ | 1 | „ |
| 2160— 3000 | „ | 315 | „ | 151920 | „ | 1 | „ |
| 3180— 4500 | „ | 136 | „ | 166380 | „ | 1 | „ |
| 4590— 6000 | „ | 86 | „ | 240000 | „ | 2 | „ |
| 6300— 7500 | „ | 28 | „ | 275280 | „ | 1 | „ |
| 8100— 9000 | „ | 43 | „ | 300000 | „ | 1 | „ |
| 9150—15000 | „ | 35 | „ | | | | |

Das sind 8577 Steuerzahler von 51373 Einwohnern.

Erwähnen wollen wir noch, daß in Berlin eine Gemeindeeinkommensteuer erst seit dem 1. Jan. 1869 eingeführt ist. Allerdings wurde auf kurze Zeit schon im Jahre 1848 eine Gemeindeeinkommensteuer eingeführt.[1]) Die Ereignisse nämlich des Jahres 1848 hatten große Anforderung an die Stadtkasse gestellt, denen sie nicht nachkommen konnte, ohne zu dem Mittel einer Einkommensteuer zu greifen, die jedoch nur vom 1. Mai 1848 bis zum 31. Dezember 1850 erhoben wurde. Die Steuer betrug 1 % des reinen Einkommens aller selbständigen Einwohner mit einem Einkommen von

1. mindestens 900 Mk. wenn einzelstehend,
2. „ 1200 „ bei einer Familie von 2 Personen,
3. „ 1500 „ „ „ „ „ mehr als 2 Personen.

Diese Steuer brachte ein vom 1. Mai 1848 — 31. Dezbr. 1850 — 397 453 Mk.

Die Berliner Gemeindeeinkommensteuer lehnte sich insofern an die Staatsklassen- und klassifizierte Einkommensteuer an, als, obwohl die Staatsklassensteuer in Berlin als einer mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Stadt nicht erhoben wurde, sie doch nach denselben Einkommenstufen erhoben wurde. Als Normalsätze wurden also angesehen die Steuersätze der einzelnen Einkommenstufen der Staatsklassensteuer und der klassifizierten Einkommensteuer. Da aber diese Einkommensteuer in ihrer Höhe eine wandelbare sein sollte, d. h. die Höhe ihres Ertrages je nach dem Bedürfnisse des Stadthaushaltes sich regeln sollte, so wurde jährlich eine Quote dieses Normalsatzes festgestellt, die dann erhoben werden sollte.

Aus folgender Tabelle ist die Entwicklung der Gemeindeeinkommensteuer der Stadt Berlin vom Jahre 1869—1875 zu ersehen.

| Jahr | Einwohnerzahl | Ertrag | pro Kopf der Bevölkerung | Gesamt andere direkte städtische Steuern | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | | | Summa | pro Kopf der Bevölkerung |
| | | Mk. | Mk. | Mk. | Mk. |
| 1869 | 745 520 | 854 106 | 1,15 | 5 899 047 | 7,91 |
| 1870 | 768 380 | 1 367 468 | 1,78 | 6 161 507 | 8,02 |
| 1875 | 948 500 | 8 036 614 | 8,47 | 12 484 352 | 13,16 |

[1]) Rowe S. 138.



Von 1875 ab bleibt auch in Berlin die Gemeindeeinkommensteuer eine supplementäre, in ihrer Höhe wandelbare Steuer, deren Sätze in Prozenten der Staatsklassensteuer und der klassifizierten Einkommensteuer jährlich festgestellt wurden.

**Die selbständige Kommunalsteuer 1821—1840 und Kommunaleinkommensteuer von 1841—54 und von 1855—75.**

| Jahr | Mk. | % der Gesamtsteuereinnahme | Jahr | Mk. | % der Gesamtsteuereinnahme |
|---|---|---|---|---|---|
| 1832 | 64 373 (im Ist) | 68,7 | 1864 | 154 870 | 53,88 |
| 1841 | 71 705 ( „ Soll) | — | 1865 | 158 655 | 52,26 |
| 1852 | 71 709 ( „ Ist) | 42,83 | 1866 | 163 463 | 55,48 |
| 1855 | 102 230 ( „ Soll) | — | 1867 | 170 890 | 56,92 |
| 1856 | 106 145 ( „ „ ) | 57,46 | 1868 | 184 710 | 56,32 |
| 1857 | 112 927 ( „ Ist) | 51,94 | 1869 | 192 811 | 52,22 |
| 1858 | 118 206 | 51,64 | 1870 | 254 015 [1]) | 57,44 |
| 1859 | 150 539 | 56,78 | 1871 | 282 603 | 52,85 |
| 1860 | 119 826 | 51,73 | 1872 | 337 323 | 56,26 |
| 1861 | 127 333 | 52,51 | 1873 | 330 342 | 55,23 |
| 1862 | 132 030 | 52,71 | 1874 | 341 310 | 55,65 |
| 1863 | 148 455 | 53,46 | | | |

Lieferte die Kommunalsteuer und die Kommunaleinkommensteuer bis zum Jahre 1854 absolut nur einen geringeren Ertrag, so bildet sie doch im Jahre 1832 68,7 % der Gesamteinnahme an Kommunalsteuern.

Aber sofort nach dem neuen Regulativ von 1855 schnellt sie im Jahre 1856 um 30 000 Mk. in die Höhe, trotzdem aber schwankt ihr Anteil an der Gesamtsteuereinnahme bis zum Jahre 1874 nur zwischen 51 und 58 %, welches Sinken dem Aufschwunge der indirekten Besteuerung bis zu demselben Jahre zuzuschreiben ist.

Der Prozentsatz geht, wie aus der folgenden Tabelle (S. 32) zu ersehen ist, einige Jahre nach 1874 Hand in Hand mit dem absoluten Ertrag infolge der Umwandlung der selbständigen Steuer in eine Zuschlagssteuer zur Staatseinkommensteuer gar bis auf 48 zurück, fällt vor der Einführung des Einkommensteuergesetzes verschiedene Male gar bis auf 46, um dann aber sofort nach Einführung des Gesetzes von 1891 auf fast 58 % zu steigen und sich bis zum Ende des Jahrhunderts auf dieser Höhe zu halten.

[1]) Infolge des Krieges wurden 1870 15 Simpla gegen die 12 im Jahre 1869 erhoben.

## Gemeinde- und Staatseinkommensteuer für Halle von 1879/80—1899/1900.

| Jahr | I. Gemeindeeinkommensteuer als Zuschlag zur Staatsklassifizierten Einkommen- und zur Klassensteuer | | II. Staatsklassifizierte Einkommensteuer | | III. Staatsklassensteuer | | | | Die Gemeindeeinkommensteuer betrügt % der Gesamteinnahme an Gemeindesteuern |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mk. | von % | Mk. | Veranlagt dazu waren Personen | | Veranlagt dazu waren Personen | Summa von II und III | | |
| 1879 | 335 062 | 100 | 168 672 | 1 111 | 148 237 | 14 625 | 316 909 | 50,80 | |
| 1877 bis 1878 | 334 525 | 100 | 181 132 | 1 146 | 155 791 | 14 688 | 336 924 | 48,91 | |
| 1. 1. 1877/31. 3. 1878 | | | | | | | | | |
| 1878/79 | 437 575 | 100 | 232 859 | — | 202 874 | 15 279 | 435 763 | — | |
| 1879/80 | 357 587 | 100 | 195 690 | 1 238 | 167 669 | 15 820 | 363 359 | 47,07 | |
| 1880/81 | 382 008 | 100 | 210 136 | 1 361 | 169 739 | 15 820 | 371 983 | 48,18 | |
| 1881/82 | 406 541 | 100 | 218 429 | 1 433 | 170 283 | 16 206 | 380 419 | 48,12 | |
| 1882/83 | 440 919 | 100 | 227 688 | 1 532 | 127 268 | 16 610 | 345 697 | 48,85 | |
| 1883/84 | 452 851 | 100 | 238 615 | 1 627 | 111 594 | 16 893 | 339 258 | 49,45 | |
| 1884/85 | 458 555 | 100 | 239 818 | 1 784 | 105 433 | 17 305 | 327 751 | 49,05 | |
| 1885/86 | 539 665 | 100 | 339 818 | 1 784 | 113 492 | 18 717 | 444 220 | 51,00 | |
| 1886/87 | 564 016 | 100 | 353 018 | 1 852 | 122 684 | 19 693 | 475 702 | 51,11 | |
| 1887/88 | 548 921 | 100 | 371 360 | 1 926 | 131 191 | 20 563 | 502 551 | 46,12 | |
| 1888/89 | 591 886 | 100 | 392 423 | 2 021 | 140 256 | 22 293 | 532 679 | 46,51 | |
| 1889/90 | 653 714 | 100 | 435 080 | 2 177 | 146 702 | 23 534 | 581 782 | 46,87 | |
| 1890/91 | 716 334 | 100 | 469 458 | 2 342 | 156 356 | 24 957 | 625 814 | 47,05 | |
| 1891/92 | 1550 660 | 120 | 504 802 | 2 436 | 175 071 | 20 753 | 679 873 | 47,07 | |
| Einführung des neuen Einkommensteuergesetzes | | | | | | | | | |
| 1892/93 | 1 116 610 | 100 | 15 540 | — | — | — | — | — | 37,37 |
| 1893/94 | 1 158 888 | 100 | 15 281 | — | — | — | — | — | 52,53 |
| 1894/95 | 1041 449 | 100 | 15 237 | — | — | — | — | — | 54,09 |
| 1895/96 | 1087 766 | 100 | 14 947 | — | — | — | — | — | 54,47 |
| 1896/97 | 1392 882 | 120 | 16 954 | — | — | — | — | — | 54,84 |
| 1897/98 | 1453 264 | 120 | 17 846 | — | — | — | — | — | 57,12 |
| 1898/99 | 1550 660 | 120 | 19 688 | — | — | — | — | — | 57,07 |
| 1899/1900 | 1693 647 | 120 | 21 142 | — | — | — | — | — | 58,88 |



Es bleibt uns nun noch übrig, die Quellen des Einkommens und der Vermögensentwicklung in Halle darzustellen, wie wir sie nachfolgend für die physischen und nichtphysischen Personen mit mehr als 3000 Mk. Einkommen zusammenstellen.

Die Arten des Einkommens, welches bei der Veranlagung der mit mehr als 3000 Mk. veranlagten Personen zu Grunde gelegt ist, stellen sich wie folgt:

### Arten des Einkommens in Mark der physischen Personen.

| | 1895/96 | 1896/97 | 1897/98 | 1898/99 | 99/1900 | 1900/01 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Veranlagt sind | 2810 | 2958 | 3173 | 3421 | 3717 | 4209 |
| aus Kapitalvermögen | 10 328 606 | 10 249 905 | 10 349 845 | 10 790 854 | 11 249 921 | 12 778 542 |
| „ Gebäuden | 4 031 074 | 4 176 809 | 4 114 458 | 4 138 972 | 4 345 571 | 4 834 715 |
| „ Liegenschaften | 8 024 | 7 526 | 44 182 | 43 989 | 85 966 | 91 885 |
| „ Pachtungen | 47 097 | 150 250 | 463 135 | 447 008 | 488 789 | 445 146 |
| „ Handel u. Gewerbe | 9 597 959 | 10 699 121 | 11 384 503 | 12 175 572 | 13 976 115 | 15 674 028 |
| „ gewinnbringender Beschäftigung | 6 768 704 | 7 263 160 | 7 762 768 | 8 647 982 | 9 447 549 | 10 979 036 |
| | 30 781 464 | 32 546 771 | 34 118 891 | 36 244 377 | 39 593 911 | 44 803 352 |
| in Abzug sind zu bringen an Schuldenzinsen, Renten, dauernden Lasten, Beiträgen zu Kranken-, Unfall- und Witwenkassen für die eigene Person, Lebensversicherungsprämie | 3 324 642 | 3 529 859 | 3 775 266 | 3 875 594 | 4 271 396 | 4 773 700 |
| Nach Abzug dieser Summe von der obigen ergibt sich ein Reineinkommen von: | 27 456 822 | 29 016 912 | 30 343 625 | 32 368 783 | 35 322 515 | 40 029 652 |
| und auf jede der veranlagten Personen durchschnittlich: | 9 771 | 9 890 | 9 563 | 9 426 | 9 503 | 9 510 |

## Nichtphysische Personen sind veranlagt:

a) Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften.

| Im Jahre | Deren eingezahltes Aktienkapital bezw. eingezahlter Geschäftsanteil in Mk. | Zahl der Gesellschaften | Der 3 1/2 %tige Abzug vom Aktienkapital in Mk. | Das steuerpflichtige Einkommen in Mk. | mit einem jährlichen Steuerbetrage von in Mk. |
|---|---|---|---|---|---|
| 1892/93 | 36 508 000 | 15 | 1 277 780 | 3 289 142 | 129 120 |
| 1893/94 | 40 771 000 | 17 | 1 338 610 | 3 127 518 | 122 478 |
| 1894/95 | 38 993 000 | 14 | 1 364 755 | 2 724 505 | 106 482 |
| 1895/96 | 42 075 500 | 18 | 1 449 017 | 2 756 762 | 107 228 |
| 1896/97 | 41 863 700 | 16 | 465 230 | 2 587 286 | 100 802 |
| 1897/98 | 41 403 700 | 17 | 1 499 130 | 2 292 254 | 88 270 |
| 1898/99 | 37 320 200 | 14 | 1 306 207 | 2 678 082 | 105 180 |
| 1899/1900 | 39 260 200 | 15 | 1 374 107 | 2 932 713 | 115 240 |
| 1900/1901 | 55 960 200 | 20 | 1 958 607 | 5 000 282 | 197 492 |

b) Berggewerkschaften.

| | Mit Aktien- resp. Grundkapital von in Mk. | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1892/93 | 2 486 178 | 4 | 87 017 | 77 773 | 2 624 |
| 1893/94 | 6 196 785 | 4 | 216 885 | 97 013 | 3 284 |
| 1894/95 | 4 683 353 | 4 | 163 917 | 162 997 | 5 878 |
| 1895/96 | 2 032 960 | 2 | 71 154 | 56 858 | 1 912 |
| 1896/97 | 2 032 960 | 2 | 71 154 | 45 143 | 1 420 |
| 1897/98 | 5 094 898 | 3 | 178 321 | 85 617 | 2 810 |
| 1898/99 | 5 159 199 | 3 | 180 572 | 141 791 | 4 960 |
| 1899/1900 | 2 032 960 | 2 | 71 154 | 92 511 | 3 260 |
| 1900/1901 | 5 759 228 | 4 | 201 573 | 146 263 | 5 000 |



c) Eingetragene Genossenschaften m. b. H.

| Im Jahre | Anteilkapital von Mk. | Zahl derselben | 3 1/2 %iger Abzug von Mk. | Steuerpflichtige Einkommen von Mk. | mit einem jährlichen Steuerbetrage von Mk. | Summe der Censiten | Summe des Steuerbetrages in Mk. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1892/93 | — | — | — | — | — | — | — |
| 1893/94 | — | — | — | — | — | — | — |
| 1894/95 | 16 907 | 1 | 592 | 2 259 | 36 | — | — |
| 1895/96 | 14 868 | 1 | 520 | 2 208 | 36 | — | — |
| 1896/97 | 23 056 | 2 | 807 | 4 179 | 67 | — | — |
| 1897/98 | 22 122 | 2 | 774 | 4 209 | 65 | — | — |
| 1898/99 | 22 763 | 2 | 797 | 5 190 | 101 | — | — |
| 1899/1900 | 12 570 | 2 | 440 | 15 184 | 436 | — | — |
| 1900/1901 | 18 307 | 2 | 641 | 33 553 | 970 | — | — |

d) Konsumvereine.

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1892/93 | 14 564 | 2 | 509 | 50 477 | 1 666 | 21 | 133 410 |
| 1893/94 | — | — | — | — | — | 21 | 125 762 |
| 1894/95 | — | — | — | — | — | 19 | 112 396 |
| 1895/96 | 20 033 | 1 | 701 | 42 798 | 1 440 | 22 | 110 616 |
| 1896/97 | 33 500 | 1 | 1173 | 76 288 | 2 800 | 21 | 105 089 |
| 1897/98 | 56 265 | 1 | 1969 | 126 600 | 5 000 | 23 | 96 145 |
| 1898/99 | 74 762 | 2 | 2617 | 196 345 | 7 746 | 21 | 117 987 |
| 1899/1900 | 79 429 | 2 | 2780 | 281 255 | 10 960 | 21 | 129 896 |
| 1900/1901 | 192 220 | 4 | 6727 | 534 076 | 20 746 | 30 | 224 208 |

Die Arten des Vermögens, welches bei der Veranlagung der mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mk. veranlagten Ergäuzungssteuerpflichtigen zu Grunde gelegt ist, stellen sich wie folgt:

| | 1895/96 | 1896/97 | 1897/98 |
|---|---|---|---|
| | 2413 Censiten | 2524 Censiten | 2646 Censiten |
| | Mk. | Mk. | Mk. |
| Kapitalvermögen . . . . . | 247 567 529 | 247 916 447 | 255 535 886 |
| Grundvermögen . . . . . | 157 345 506 | 160 932 989 | 158 622 344 |
| Anlage und Betriebskapital . | 80 586 149 | 74 680 825 | 94 258 386 |
| Werte der selbständigen Rechte und Gerechtigkeiten . . . | 1 061 253 | 446 590 | 596 338 |
| Summe | 486 560 437 | 483 976 851 | 509 012 954 |
| Davon sind in Abzug gebrachte Schulden . . . . . | 67 919 471 | 74 189 684 | 81 940 562 |
| Sodaß ein Reinvermögen verbleibt von . . . . . | 418 640 966 | 409 787 167 | 427 072 392 |

**Zur Einkommensteuer waren in den letzten neun Jahren des 19. Jahrhunderts veranlagt.**

| | 1892/93 | 1893/94 | 1894/95 | 1895/96 | 1896/97 | 1897/98 | 1898/99 | 1899/1900 | 1900/1901 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| a) physische Personen mit einem Einkommen von mehr als Mk. | | | | | | | | | |
| 900— 3000 | 12 715 | 12 496 | 12 114 | 12 395 | 13 975 | 14 650 | 16 224 | 17 404 | 21 487 |
| 3000— 6000 | 1 607 | 1 587 | 1 596 | 1 592 | 1 669 | 1 857 | 2 056 | 2 235 | 2 568 |
| 6000— 9500 | 537 | 488 | 556 | 561 | 558 | 594 | 613 | 653 | 721 |
| 9500— 30500 | 549 | 578 | 569 | 550 | 582 | 599 | 635 | 684 | 748 |
| 30500—100000 | 94 | 94 | 95 | 89 | 101 | 104 | 113 | 124 | 145 |
| 100000 | 17 | 17 | 18 | 18 | 18 | 19 | 26 | 21 | 27 |
| b) nichtphysische Personen mit einem Einkommen von mehr als Mk. | | | | | | | | | |
| 900— 3000 | 2 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 2 | 1 | 1 |
| 3000— 6000 | 2 | 2 | 1 | 1 | — | 1 | 3 | 1 | 3 |
| 6000— 9500 | — | — | 1 | 1 | — | 1 | 1 | 4 | 1 |
| 9500— 30500 | 4 | 7 | 2 | 2 | 5 | 3 | 2 | 3 | 3 |
| 30500—100000 | 7 | 5 | 8 | 9 | 6 | 5 | 4 | 2 | 7 |
| 100000 | 6 | 6 | 5 | 6 | 6 | 7 | 9 | 10 | 15 |
| Summe der Censiten | 15 540 | 15 281 | 14 947 | 15 227 | 16 954 | 17 846 | 19 688 | 21 142 | 25 726 |
| Steuerbetrag nach den Veranlagungsrollen | Mk. 1 149 400 | Mk. 1 143 938 | Mk. 1 137 220 | Mk. 1 138 179 | Mk. 1 221 145 | Mk. 1 251 743 | Mk. 1 351 728 | Mk. 1 473 066 | Mk. 1 748 931 |
| Wirklich erhoben sind rund | 1 116 610 | 1 115 888 | 1 129 894 | 1 148 013 | 1 202 310 | 1 231 953 | 1 341 348 | 1 464 690 | 1 717 382 |



**Verhältnis der Zahl der Einkommensteuerpflichtigen von Halle zur Bevölkerung.**

| Jahr | Bevölkerung | Einkommensteuerpflichtige | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | Summe | physische Personen | nichtphysische Personen | % der Bevölkerung |
| 1891/92 | 102 535 | 13 575 | 13 575 | — | 13,24 |
| 1892/93 | 105 233 | 15 540 | 15 519 | 21 | 14,77 |
| 1893/94 | 107 179 | 15 281 | 15 260 | 21 | 14,26 |
| 1894/95 | 109 778 | 14 947 | 14 928 | 19 | 13,62 |
| 1895/96 | 114 711 | 15 227 | 15 205 | 22 | 13,28 |
| 1896/97 | 116 900 | 16 954 | 16 933 | 21 | 14,50 |
| 1897/98 | 120 729 | 17 846 | 17 823 | 23 | 14,78 |
| 1898/99 | 123 970 | 19 688 | 19 667 | 21 | 15,81 |
| 1899/1900 | 127 436 | 21 142 | 21 121 | 21 | 16,59 |
| 1900/1901 | 154 515 | 25 726 | 25 696 | 30 | 16,65 |

Im Jahre 1895/96 unterlagen der Staatseinkommensteuer nicht 65 109 Personen, weil das steuerpflichtige Einkommen den Betrag von 900 Mk. nicht überstieg. Steuerpflichtig waren 48 275 Personen bei einer Bevölkerung von 114 711 Seelen.

### l) Die Bürgerrechts-, Einzugs- und Hausstandsgelder.

Diese Einnahmen sind teils steuerartig, teils gebührenartig, doch sind sie in Halle so gehandhabt worden, daß, während das Einzugsgeld einen nur gebührenartigen Charakter hat, das Bürgerrechtsgeld und Hausstandsgeld eine große Ähnlichkeit mit einer Klassen- oder Einkommensteuer aufweist, wie wir zeigen werden.

Unter den Gemeindeabgaben für den Anfang des Jahrhunderts haben wir oben schon das Bürgerrechtsgeld, sogenanntes „Bürgermahl“ für Beleihung mit dem Bürgerrecht aufgeführt. Da nun mit der neuen Städteordnung vom 30. Mai 1853 die förmliche Erteilung des Bürgerrechts und mit demselben zugleich die Gebühr dafür in Wegfall gekommen war, so beschlossen die städtischen Behörden,[1]) den hierdurch für die Stadtkasse entstehenden Ausfall durch Anordnung der im § 52 der Städteordnung vorgesehenen Erhebung eines Einzugs- und Hausstandsgeldes zu decken. Bereits unter dem 14. Februar 1854 hatten sich die städtischen Behörden über ein diesbezüg-

[1]) v. Hagen II, S. 457.

liches Regulativ geeinigt, welches durch Reskript der königlichen Regierung zu Merseburg vom 10. April bestätigt, unter dem 19. April vom Magistrat publiziert wurde. Nach diesem nach kaum 6jähriger Geltung im Jahre 1860 wieder aufgehobenen Regulativ wurde erhoben:

a) Einzugsgeld von 36 Mk. von allen hier neu einziehenden Personen, sobald dieselben nach den gesetzlichen Bestimmungen hier ihren Wohnsitz ergreifen.

b) Hausstandsgeld von jedem einen selbständigen Haushalt gründenden Einwohner und zwar bei einem zur städtischen Einkommensteuer veranlagten Einkommen

von 750—1497 Mk. inkl. 15 Mk.
„ 1500—2397 „ „ 30 „
„ 2400 Mk. und darüber 45 „

c) Eine Hausstands-Ergänzungssteuer von jedem Einwohner, welcher hier ein Gewerbe beginnt oder ein Grundstück, Soolgüter oder Siedegerechtigkeiten hier erwirbt, sofern er das hiesige Bürgerrecht noch nicht besitzt, noch Hausstandsgeld bezahlt hat, und zwar beim Beginn eines Gewerbes nach Maßgabe seines jährlichen Gesamteinkommens nach den für das Hausstandsgeld normierten Sätzen, bei Grundstücks- u. s. w. Erwerbungen bei einem Wert bis zu 3000 Mk. 15 Mk., bis zu 9000 Mk. 30 Mk., über 9000 Mk. 45 Mk.

Dies Regulativ [1]) wurde 1860, wie oben schon gesagt, aufgehoben und an seine Stelle trat das Regulativ vom 13. April 1860, nach welchem von allen in Halle einziehenden Personen, sobald sie hier nach den gesetzlichen Bestimmungen ihren Wohnsitz ergreifen, ein Einzugsgeld von 30 Mk., und von allen Einwohnern des Stadtbezirks, welche den Vorschriften des § 5 der Städteordnung entsprechend neu in die Bürgerrolle eingetragen werden, ein Bürgerrechtsgeld an die Kämmerei zu zahlen. Letzteres beträgt, sofern die Eintragung erfolgt wegen Besitz eines Wohnhauses, wegen selbständigen Gewerbebetriebes mit wenigstens 2 Gehilfen oder bei einem steuerpflichtigen Einkommen bis zu 1500 Mk. 15 Mk., bei einem solchen von 1503 bis 2400 Mk. inkl. 30 Mk., von mehr 45 Mk.

Das in diesem Regulativ aufgeführte Einzugsgeld wurde vom Jahre 1867 an nicht mehr erhoben. Die Einnahmen aus diesen Bürgerrechts-, Einzugs- und Hausstandsgeldern waren folgende:

[1]) v. Hagen II, S. 488.



| Jahr | Bürgerrechtsgeld Mk. | Einzugsgeld Mk. | Hausstandsgeld Mk. | Hausstandsergänzungssteuer Mk. |
|---|---|---|---|---|
| 1801/02 | 879 } inkl. Feuer- | — | — | — |
| 1805/06 | 684 } eimergeld | — | — | — |
| 1857 | 1854 aufgehoben | 6948 | 1275 | — |
| 1858 | wieder eingeführt | 7983 | 1643 | 780 |
| 1859 | 1860 | 5832 | 1635 | — |
| 1860 | 1470 | 7266 | — aufgehoben | — |
| 1861 | 2070 | 5685 | — | — |
| 1862 | 2025 | 5520 | — | — |
| 1863 | 2205 | 6360 | — | — |
| 1864 | 1935 | 7500 | — | — |
| 1865 | 2580 | 6930 | — | — |
| | u. s. w. | 1867 aufgehoben | | |

Bürgerrechtsgelder wurden auf Grund des Regulativs für die Erhebung der Bürgerrechtsgelder vom 24. Juli 1874 und Nachtrag vom 26. Oktober 1875 erhoben, wonach zu zahlen sind:

bei einem jährlichen Steuerbetrage von 12—24 Mk. mit 15 Mk.
„ 30—48 Mk. „ 30 Mk.
bei jedem höheren Steuerbetrag 45 Mk.

Dieses Regulativ wird abgelöst durch das vom Bezirksausschusse zu Merseburg unterm 10. August 1893 genehmigte.

Es wird erhoben nach Maßgabe des veranlagten Steuerbetrags, welchen der Verpflichtete zur Zeit des Erwerbs des Bürgerrechts zu zahlen hat und zwar in folgenden Beträgen:

a) von denjenigen, welche von der Staatseinkommensteuer auf Grund des § 5 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1891 freigelassen, oder welche zu derselben mit einem Steuersatze von 6 Mk. veranlagt sind: 3 Mk.;

b) von denjenigen, welche zur Staatseinkommensteuer veranlagt sind mit einem Steuersatze:

von 9 bis 16 Mk. 6 Mk.
„ 21 „ 36 „ 12 „
„ 44 „ 60 „ 20 „
„ 70 „ 92 „ 30 „
„ 104 „ 132 „ 45 „
„ mehr als 132 „ 60 „

Im Jahre 1896/97 wurde das Bürgerrechtsgeld durch Gemeindebeschluß aufgehoben.

**Die weitere Entwicklung des Bürgerrechtsgeldes.**

| Jahr | Ertrag des Bürgerrechtsgeldes Mk. | Zahl der in die Bürgerrolle neu eingetragenen Einwohner | Jahr | Ertrag des Bürgerrechtsgeldes Mk. | Zahl der in die Bürgerrolle neu eingetragenen Einwohner |
|---|---|---|---|---|---|
| 1880/81 | 5 781 | — | 1892/93 | 20 717 | 2 595 |
| 1881/82 | 3 938 | — | 1893/94 | Soll-Einnahme | von hier ab Einführung des neuen Regulativs |
| 1882/83 | 5 583 | 281 [1]) | | | |
| 1883/84 | 8 111 | 380 | | | |
| 1886/87 | 6 934 | — | | | |
| 1887/88 | 6 812 | 466 | 1894/95 | 555 | 2 947 |
| 1888/89 | 8 372 | 605 | 1895/96 | Soll-Einnahme 7 566 | 1 524 |
| 1889/90 | 8 747 | 614 | 1896/97 | 7 343 | 1 812 |
| 1890/91 | 11 440 | 682 | Im Jahre 1896/97 wurde das Bürgerrechtsgeld durch Gemeindebeschluß aufgehoben. | | |
| 1891/92 | — | — | | | |

### m) Die städtische Grundsteuer.

#### 1. Die städtische Grundsteuer von 1875—95.

Wie wir schon unter „Mietsteuer“ mitteilten, wurde, durch den Wegfall der Mahl- und Schlachtsteuer im Jahre 1875 veranlaßt, die Erhebung einer städtischen Grund- und Mietsteuer vom 1. Januar 1875 ab von den Stadtbehörden beschlossen, und der Ertrag derselben zur

[1]) Verwaltungsbericht von 1882/83. S. 90. Der Erwerb des Bürgerrechts wird gemäß § 5 der Städteordnung neben anderen Voraussetzungen bekanntlich durch den Besitz eines „eigenen Hausstandes“ bedingt. — Man nahm seither an, daß darunter der Besitz derjenigen Gegenstände zu verstehen sei, welche zur Einrichtung einer häuslichen Wirtschaft gehören, gelangte indessen nach erneuter Prüfung zu der Überzeugung, daß die gedachte Auffassung unhaltbar sei, die Selbständigkeit, auf welche nach der erwähnten Vorschrift der Städteordnung aus dem eigenen Hausstande geschlossen werden soll, nach allgemeinen Rechtsbegriffen vielmehr eine persönliche Einschränkung nicht zulasse. Man hat demgemäß neuerdings den Grundsatz adoptiert, daß unter dem eigenen Hausstande nicht sowohl eine eigene Haushaltung oder Wirtschaftsführung, sondern die in der Nichtzugehörigkeit zu einer fremden Haushaltung erkennbare wirtschaftliche Unabhängigkeit zu begreifen sei, und für diese Ansicht die Billigung der Aufsichtsbehörde erhalten. Der dadurch bedingte Wechsel in der Veranlagungspraxis hat eine erhebliche Zunahme der Zahl der Bürger, sowie wesentlich bessere Erträgnisse an Bürgerrechtsgeldern gehabt.



Deckung des Ausfalls des Zuschlags zur Mahl- und Schlachtsteuer, des 100 %igen Zuschlags zur Staatsgebäudesteuer [1]) und der unter dem Namen „Unpflichten, Umlage- und Haussteuer“ bestehenden Kämmereiabgaben im Gesamtbetrage von 283 353 Mk., sowie zur Deckung des durch die veränderte Form der Erhebung der städtischen Einkommensteuer entstandenen Ausfalls von 10 722 Mk. bestimmt. Die Grundsteuer wird nach Maßgabe des Regulativs vom 31. Dezember 1875 erhoben, und es erfolgt die Veranlagung nach dem jeweiligen Nutzungswerte der Gebäude und Liegenschaften ohne Rücksicht auf etwaige Schulden und sonstige Abgaben. Es wurden von dem Nutzungswert $2^1/_2$ % als Grundsteuer erhoben.

Die staatliche Grund- und Gebäudesteuer ist wesentlich verbessert durch das Gesetz vom Jahre 1861. Dieses Gesetz setzte den Betrag, der dem Staate aus der Grundsteuer zufließen sollte auf 30 Millionen Mark fest. Die Steuer wurde dann repartiert, d. h. die Gesamtsumme wurde unter die einzelnen Provinzen, in jeder Provinz unter die einzelnen Kreise, in jedem Kreise unter die einzelnen Grundstücke verteilt. Vom 1. April 1895 ab hat der Staat diese Grundsteuer nicht mehr erhoben, aber er führt nach wie vor den Kataster.

Die Gebäudesteuer. In den Streitigkeiten alter Zeiten über die Gebäudesteuer machte die Besteuerung der Häuser besonders große Schwierigkeiten, weil hier viel mehr Änderungen eintraten, als in dem Grund und Boden, der z. B. zum Ackerbau verwandt wurde.

Als daher im Jahre 1861 die Grundsteuer auf einen festen Betrag gestellt wurde, schied man die Steuer auf die Gebäude vollständig aus. Das tat man hauptsächlich deswegen, weil in dem Bestande und Werte der Häuser allzuhäufige Änderungen eintraten. Die Veranlagung findet alle 15 Jahre statt. Der Ertrag wird nach dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre berechnet. Bei Wohnhäusern beträgt die Gebäudesteuer ungefähr 4 % der Erträge, die steuerpflichtigen gewerblichen Gebäude (Fabriken, Mühlen, Schmieden) werden nur mit dem halben Satze der Steuern (2 % des Ertrags) herangezogen. Die 4 % und 2 % werden nicht genau berechnet, sondern nach den Stufen erhoben, die der Tarif angibt.[2]) Bis zum Jahre 1875 erhob Halle, wie schon gesagt, eine Gemeindegebäudesteuer in Form eines 100 %igen Zuschlags zur Staatsgebäudesteuer. Vom 1. Januar 1875 ab aber gibt die Stadt diesen Zuschlag auf und erhebt selbständig die städtische Grund- und Mietsteuer. Sie wirft die vom Staate getrennte

[1]) Wurde vom 1. April 1868 ab erhoben.

[2]) Jastrow S. 161.

Grund- und Gebäudesteuer wieder zusammen und erhebt sie als städtische **Grundsteuer.**

§ 1 des Regulativs lautet:

Die Gebäudesteuer ist eine auf den innerhalb des städtischen Gemeindebezirks (Stadtbezirks) belegenen Grundstücken und deren Zubehörungen haftende Grundabgabe, welche von dem gesamten Nutzungswerte der Grundstücke ausgeschrieben und von Eigentümern derselben erhoben wird.

§ 2. Zu den Zubehörungen der steuerpflichtigen Grundstücke werden auch Feldgrundstücke, Baustellen, Höfe, Plätze, Gärten u. s. w. gerechnet, ohne Unterschied, ob sie zum Erwerbe oder anderen Zwecken dienen.

§ 3. Die Grundsteuer wird alljährlich nach dem katastermäßig festgestellten Nutzungswerte des voraufgegangenen Kalenderjahres ausgeschrieben.

Als nun im Jahre vom 1. April 1895 ab der Staat seine Grund- und Gebäudesteuer den Gemeinden abtrat, machte Halle von dieser Überlassung keinen Gebrauch, sondern behielt seine Grundsteuer bei und zwar als wandelbare, und die Höhe ihres Ertrages so bemessen, daß sie 125 % der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer ausmacht.

Die wichtigsten Paragraphen der neuen Grundsteuerordnung für Halle a. S. vom 8. März 1895 lauten:

§ 1. Von allen im Gemeindebezirk belegenen bebauten und unbebauten Grundstücken wird, soweit ihnen nicht gemäß § 24 des Kommunalabgabengesetzes Befreiung von der Gemeindesteuer vom Grundbesitz zusteht, eine Gemeindegrundsteuer erhoben.

§ 2. Der Besteuerung wird der jährliche Nutzungswert der steuerpflichtigen Grundstücke zu Grunde gelegt.

§ 7. Die Gemeindegrundsteuer wird in Prozenten der festgestellten Grundstückserträge erhoben. Die Höhe des Prozentsatzes wird für jedes Rechnungsjahr durch Gemeindebeschluß festgelegt.

### Die städtische Grundsteuer vom Jahre 1868—1874.

| Jahr | Als 100 %tiger Zuschlag zur Staatsgebäudesteuer in Mk. | |
|---|---|---|
| 1868 | 43 836 | Wird erhoben seit dem |
| 1869 | 60 070 | 1. April 1868 zur |
| 1870 | 61 440 | Deckung des Mehrauf- |
| 1871 | 62 853 | wandes für die Verzin- |
| 1872 | 64 932 | sung der 1867 kon- |
| 1873 | 67 977 | trahierten Anleihe von |
| 1874 | 72 966 | 1 800 000 Mk. |



### Die städtische Grund- und Mietsteuer vom Jahre 1875—1894/95.

| Jahr | (Grundsteuer bis 1894/95 25 % vom Nutzungswert) Mk. | Gesamtzahl der besteuerten Grundstücke, darunter | | Mietsteuer bis 1894/95 5 % vom Mietwert Mk. | Zahl der besteuerten bezw. vermieteten Wohnungen und Geschäftsräume | Es wurden erhoben an Staats-, Grund-, Gebäude-Steuern | | Summe der Staats-, Grund- und Gebäudesteuern Mk. | Summe der städtischen (Grund- und Miet-steuern Mk. | Der Ertrag der (Grundsteuer beträgt % der Gesamtsteuer einnahmen | Während der Mietsteuer beträgt % der Gesamtsteuer einnahme | So daß diese beiden Steuern zusammen betragen % der Gesamtsteuer einnahme |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Hausgrundstücke | | | Mk. | Mk. | | | | | |
| 1875 | | 2762 | 2704 | | | 9 461 | 71 363 | 80 824 | 324 454 | | | 49,20 |
| 1876 | | 2936 | 2914 | | | 9 050 | 75 895 | 84 945 | 349 407 | | | 51,08 |
| 1. 1. 1877 bis 31. 3. 1878 | | | | | | 10 946 | 98 292 | 109 238 | 426 490 | | | |
| 1. 4. 1878/79 | | 3895 | 2966 | | | 8 837 | 86 753 | 95 590 | 397 549 | | | 51,08 |
| 1879/80 | 124 609 | 3357 | 3206 | 249 218 | 14 942 | 8 358 | 89 180 | 97 538 | 393 517 | 6,35 | 32,71 | 49,06 |
| 1880/81 | 130 503 | 3311 | 3207 | 261 007 | 15 086 | 8 508 | 127 540 | 136 048 | 391 510 | 16,44 | 32,88 | 49,32 |
| 1881/82 | 135 779 | 3339 | 3223 | 271 557 | 15 684 | 8 112 | 133 620 | 141 732 | 407 336 | 16,33 | 32,63 | 48,96 |
| 1882/83 | 139 847 | 3456 | 3339 | 279 692 | 15 962 | 8 025 | 138 878 | 146 903 | 419 539 | 15,60 | 31,36 | 47,05 |
| 1883/84 | 147 529 | 3506 | 3387 | 295 059 | 16 172 | 7 970 | 145 126 | 153 096 | 443 588 | 15,28 | 30,56 | 45,84 |
| 1884/85 | 160 579 | 3576 | 3444 | 321 155 | 16 393 | 7 925 | 151 614 | 159 539 | 481 737 | 15,61 | 31,21 | 46,82 |
| 1885/86 | 164 276 | 3721 | 3595 | 328 556 | 16 611 | 7 879 | 159 211 | 167 090 | 501 625 | 16,30 | 31,05 | 47,35 |
| 1886/87 | 172 449 | 3754 | 3634 | 344 898 | 16 841 | 7 843 | 167 107 | 174 950 | 519 019 | 16,07 | 31,01 | 47,08 |
| 1887/88 | 191 466 | 3843 | 3711 | 336 324 | 18 573 | 7 783 | 175 067 | 182 850 | 519 316 | 16,49 | 31,27 | 47,76 |
| 1888/89 | 208 463 | 4028 | 3890 | 355 346 | 19 755 | 7 805 | 182 538 | 190 343 | 563 809 | 16,39 | 31,66 | 48,05 |
| 1889/90 | 223 463 | 4258 | 4128 | 398 423 | 20 596 | 7 770 | 193 136 | 200 906 | 621 886 | 16,02 | 28,57 | 44,59 |
| 1890/91 | 240 474 | 4388 | 4274 | 431 119 | 21 497 | 7 722 | 208 022 | 215 744 | 671 590 | 15,79 | 28,32 | 44,11 |
| 1891/92 | 246 486 | 4520 | 4395 | 450 039 | 22 948 | 7 686 | 225 525 | 233 211 | 696 525 | 15,38 | 24,35 | 39,73 |
| 1892/93 | 261 362 | 4563 | 4351 | 366 999[1]) | 23 044 | 8 400 | 247 957 | 256 357 | 622 361[1]) | 14,72 | 20,33 | 35,05 |
| 1893/94 | 275 722 | 4612 | 4400 | 471 235 | 23 086 | 8 014 | 268 877 | 276 891 | 746 957 | 13,08 | 23,91 | 37,86 |
| 1894/95 | 289 206 | 4715 | 4580 | 469 730 | 23 970 | 8 017 | 299 885 | 307 902 | 758 230 | 13,73 | 23,45 | 37,18 |

[1]) Von der Mietsteuer sind 3 Monatsraten unerhoben geblieben; der Ausfall ist durch den Mehrbetrag gedeckt worden, den die Einkommensteuerveranlagung infolge Einführung des neuen Einkommensteuergesetzes erhoben hat.

**2. Die städtische Grundsteuer vom Jahre 1895/96—1899/1900.**

Mit dem 1. April 1895 ist die städtische Mietsteuer aufgehoben. Die für die Staatskasse außer Hebung gesetzte Grund- und Gebäudesteuer wird für Rechnung der Gemeinde nicht erhoben, dagegen die bisher neben der Mietsteuer bestehende städtische Grundsteuer beibehalten und die Höhe ihres Ertrages so bemessen, daß derselbe 125 % der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer ausmacht, es wurden erhoben:

| Jahr | Mark | % des Nutzungswertes der steuerpflichtigen Grundstücke | % der Gesamtsteuereinnahme |
|---|---|---|---|
| 1895/96 | 443 223 | — | 22,19 |
| 1896/97 | 571 747 | 5 | 23.14 |
| 1897/98 | 583 638 | 4,95 | 22,94 |
| 1898/99 | 594 642 | 4,83 | 22,22 |
| 1899/1900 | 623 547 | 4,83 | 21,67 |

Vorstehende Tabelle zeigt, daß der Ertrag der selbständigen Grundsteuer vom Jahre 1875 an bis 1894/95 keinen hohen Prozentsatz der Gesamtsteuereinnahme bildet, daß er außerdem relativ während dieses Zeitraumes herabgeht und zwar von über 16 % auf über 13 %.

Dieselbe Erscheinung, daß nämlich die Steuer relativ sinkt, haben wir bei der Mietsteuer und schließlich folglich bei beiden zusammen.

Nach der Aufhebung der Mietsteuer nun im Jahre 1895, wurde, wie wir schon sagten, die städtische Grundsteuer beibehalten, die Höhe ihres Ertrages aber so bemessen, daß sie 125 % der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer ausmacht. Diese Maßregel mußte natürlich ein Emporschnellen der absoluten Höhe des Grundsteuerertrages hervorrufen — die Steuer betrug 1894/95 280 300; 1895/96 443 223 — brauchte aber damit nach der Einführung des Abgabengesetzes, das ja eine totale Umbildung des städtischen Steuersystems mit sich brachte noch keineswegs auch ein relatives Emporschnellen der Steuer im Gefolge zu haben. Aber auch der relative Ertrag ging in die Höhe, indem nämlich die Grundsteuer 1894/95 13,73 % der Gesamtsteuereinnahme betrug, während sie schon 1895/96 22,19 % derselben ausmachte und sich dann bis zum Ende des Jahrhunderts auf dieser Höhe ungefähr hielt.



n) Die Gewerbesteuer und die Betriebssteuer.

**1. Die Gewerbesteuer.**

Die Gewerbesteuer wird vom Staate veranlagt, aber nicht mehr von ihm erhoben, sondern ist auch durch das Abgabengesetz vom 14. Juli 1893 den Gemeinden überlassen worden. Das neueste Gewerbesteuergesetz selbst dadiert vom 24. Juni 1891. Wir wollen nicht unterlassen, die wichtigsten Paragraphen herauszugreifen.

§ 6. Die Besteuerung erfolgt in vier Gewerbeklassen.

In Klasse I sind diejenigen Betriebe zu besteuern, deren jährlicher Ertrag 50 000 Mk. oder mehr, oder bei denen der Wert des Anlage- und Betriebskapitales 1 000 000 Mk. oder mehr beträgt.

Die Gewerbesteuerklasse II umfaßt die Betriebe mit einem jährlichen Ertrage von 20 000 Mk. bis ausschließlich 50 000 Mk. oder mit einem Anlage- und Betriebskapital im Werte von 150 000 Mk. bis ausschließlich 1 000 000 Mk.

Zur Gewerbesteuerklasse III gehören die Betriebe mit einem jährlichen Ertrage von 4000 bis ausschließlich 20 000 Mk. oder mit einem Anlage- und Betriebskapitale im Werte von 30 000 Mk. bis ausschließlich 150 000 Mk.

Zur Gewerbesteuerklasse IV gehören die Betriebe mit einem jährlichen Ertrag von 1500 Mk. bis ausschließlich 4000 Mk. oder mit einem Anlage- und Betriebskapitale von 3000—30 000 Mk.

§ 9. Die Steuer ist in Klasse I von jedem Gewerbebetriebe mit Einem von Hundert des jährlichen Ertrags mit der Maßgabe zu entrichten, daß bei einem Ertrage von 50 000 Mk. — 54 800 Mk. exkl. die Steuer 524 Mk. beträgt, und für die höheren, in Stufen von je 4800 Mk. steigenden Erträge die Steuersätze in Stufen von je 48 Mk.

Anmerkung zu § 9. Da in Klasse I alle Betriebe mit mindestens 1 000 000 Mk. Geschäftskapital Aufnahme finden, selbst wenn ihr Ertrag vorübergehend unter 50 000 Mk. sinkt, so mußte auch für solche Betriebe eine Bestimmung getroffen werden. Der Steuertarif für Klasse I lautet danach wie folgt.[1]) (Siehe Tabelle S. 46.)

§ 10. Veranlagungsbezirke für die Klasse I sind die einzelnen Provinzen und die Stadt Berlin.

§ 11. Veranlagung in Klasse II bis IV.

[1]) Jastrow, S. 165.

**Steuertarif für Klasse I.**

| Ertrag | | | | | | | Gewerbesteuer |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | bis ausschließlich | 33 600 | Mk. | | 300 Mk. |
| 33 600 | Mk. und | mehr | „ | „ | 37 200 | „ | 336 „ |
| 37 200 | „ „ | „ | „ | „ | 40 000 | „ | 372 „ |
| 40 800 | „ „ | „ | „ | „ | 44 400 | „ | 408 „ |
| 44 400 | „ „ | „ | „ | „ | 48 000 | „ | 444 „ |
| 48 000 | „ „ | „ | „ | „ | 50 000 | „ | 480 „ |
| 50 000 | „ „ | „ | „ | „ | 54 800 | „ | 524 „ |
| 54 800 | „ „ | „ | „ | „ | 59 600 | „ | 572 „ |
| 59 600 | „ „ | „ | „ | „ | 64 400 | „ | 620 „ |
| 64 400 | „ „ | „ | „ | „ | 69 200 | „ | 668 „ |
| 69 200 | „ „ | „ | „ | „ | 74 000 | „ | 716 „ |
| 74 000 | „ „ | „ | „ | „ | 78 800 | „ | 764 „ |
| 78 800 | „ „ | „ | „ | „ | 83 600 | „ | 812 „ |
| 83 600 | „ „ | „ | „ | „ | 88 400 | „ | 860 „ |
| 88 400 | „ „ | „ | „ | „ | 93 200 | „ | 908 „ |
| 93 200 | „ „ | „ | „ | „ | 98 000 | „ | 956 „ |
| 98 000 | „ „ | „ | „ | „ | 102 800 | „ | 1004 „ |
| | | | u. s. w. | | | | |

Veranlagungsbezirke bilden:

für **Klasse II** die Regierungsbezirke
„ „ III und IV die Kreise.

§ 13. Die Steuerpflichtigen des Veranlagungsbezirkes werden in jeder der Klassen II bis IV zu einer Steuergesellschaft vereinigt, welche für das Veranlagungsjahr die Summe der für jeden Betrieb in Ansatz kommenden Mittelsätze aufzubringen hat.

§ 14. Steuersätze. Die Mittelsätze betragen

in Klasse II 300 Mk.
„ „ III 80 „
„ „ IV 16 „

Die Steuersätze sollen bis zu 40 Mk. um je 4 Mk., von da ab bis 96 Mk. um je 8 Mk., weiter bis 192 Mk. um je 12 Mk. und weiter bis zu 480 Mk. um je 36 Mk. steigend abgestuft werden.

### 2. Die Betriebssteuer.

§ 59. Für den Betrieb der Gastwirtschaft, der Schankwirtschaft, sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus ist jährlich eine besondere Betriebssteuer zu entrichten.

§ 60. Die Betriebssteuer beträgt für jeden, der eines oder mehrere dieser Gewerbe allein oder in Verbindung mit anderen Gewerben betreibt,



1. wenn er von der Gewerbesteuer wegen eines hinter der Grenze der Steuerpflicht zurückbleibenden Ertrags- und Anlage- und Betriebskapitals befreit ist, 10 Mk.;
2. wenn er zur Gewerbesteuer veranlagt ist

a) in Klasse IV 15 Mk.
b) „ „ III 25 „
c) „ „ II 50 „
d) „ „ I 100 „

Die Steuer wird bei allen Betrieben, welche geistige Getränke verabfolgen, für jede Betriebsstätte besonders erhoben.

Gewerbe- und Betriebssteuer. Die Gewerbe- und Betriebssteuern werden also seit dem 1. April 1895/96 erhoben als prozentualer Zuschlag zu den vom Staate veranlagten Beträgen und zwar wandelbar, so lange man noch keine selbständige Gewerbesteuer, die sich von der staatlichen Veranlagung freimacht, hat.

Der Ertrag der Gewerbesteuer und Betriebssteuer war folgender:

| Jahr | Betrag der Gewerbesteuer Mk. | Erhoben als %tiger Zuschlag zu den staatlich veranlagten Beträgen | Betrag der Betriebssteuer Mk. | Es würden erhoben außer den gesetzlichen Steuersätzen %tiger Zuschlag | Summe der Beträge beider Steuern Mk. | Das sind % der Gesamt-Steuereinnahmen |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1895/96 | 214 330 | } 125 { | 14 913 | — | 229 243 | 11,12 |
| 1896/97 | 263 459 | 150 | 20 931 | 50 | 284 390 | 11,52 |
| 1897/98 | 264 987 | 148½ | 22 284 | 48½ | 287 271 | 11,29 |
| 1898/99 | 280 604 | 145 | 21 798 | 45 | 302 402 | 11,31 |
| 1899/1900 | 297 841 | 145 | 22 029 | 45 | 319 870 | 11,12 |

Während also noch 1895/96 durch beide Steuern nur 229 243 Mk. einkommen, ist dieser Ertrag im nächsten Jahre schon auf 284 390 Mk. angewachsen, was zum Teil nur wieder durch die Unsicherheit der Veranlagung und Erhebung im Jahre 1894/95, dann aber besonders zu erklären ist durch den erhöhten Zuschlag 1896/97. Beide Steuern zusammen haben während der 5 ersten Jahre ihres Bestehens einen sehr stabilen Anteil von etwas über 11 % der Gesamtsteuereinnahme.

Die Verteilung der Betriebe und der Steuer auf die einzelnen Steuerklassen geht aus folgender Aufstellung hervor; die staatliche Veranlagung war folgende:

| Jahr | | | I. Klasse | II. Klasse | III. Klasse | IV. Klasse. |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1895/96 | | Veranlagte Betriebe der Gewerbesteuer | 44 | 78 | 96 | 524 |
| | Mk. | Soll Gewerbesteuer | 77 304 | 23 988 | 48 480 | 7860 |
| 1896/97 | | Veranlagte Betriebe der Betriebssteuer | 1 | 11 | 2400 | 8335 |
| | Mk. | Soll Betriebssteuer | 100 | 550 | 48 480 | 7860 |
| 1896/97 | | Veranlagte Betriebe der Gewerbesteuer | 44 | 92 | 96 | 549 |
| | Mk. | Soll Gewerbesteuer | 74 968 | 27 948 | 48 088 | 8335 |
| 1897/98 | | Veranlagte Betriebe der Betriebssteuer | 1 | 11 | 2350 | 549 |
| | Mk. | Soll Betriebssteuer | 100 | 550 | 48 088 | 8335 |
| 1897/98 | | Veranlagte Betriebe der Gewerbesteuer | 47 | 92 | 91 | 506 |
| | Mk. | Soll Gewerbesteuer | 78 700 | 27 948 | 48 968 | 7590 |
| 1898/99 | | Veranlagte Betriebe der Betriebssteuer | 1 | 10 | 2275 | 506 |
| | Mk. | Soll Betriebssteuer | 100 | 500 | 48 968 | 7590 |
| 1898/99 | | Veranlagte Betriebe der Gewerbesteuer | 50 | 101 | 91 | 557 |
| | Mk. | Soll Gewerbesteuer | 98 348 | 30 516 | 49 532 | 7605 |
| 1899/1900 | | Veranlagte Betriebe der Betriebssteuer | 5 | 10 | 2300 | 2506 |
| | Mk. | Soll Betriebssteuer | 500 | 500 | 49 532 | 7605 |
| 1899/1900 | | Veranlagte Betriebe der Gewerbesteuer | 55 | 104 | 92 | 2506 |
| | Mk. | Soll Gewerbesteuer | 110 740 | 31 404 | 49 404 | 40 364 |
| | | Veranlagte Betriebe der Betriebssteuer | 6 | 9 | 90 | 2512 |
| | Mk. | Soll Betriebssteuer | 600 | 450 | 2225 | 40 424 |
| | | Veranlagte Betriebe der Gewerbesteuer | 55 | 101 | 613 | 489 |
| | Mk. | Soll Gewerbesteuer | 110 740 | 32 088 | 49 404 | 7335 |
| | | Veranlagte Betriebe der Betriebssteuer | 6 | 8 | 90 | 489 |
| | Mk. | Soll Betriebssteuer | 600 | 400 | 2225 | 7335 |



**Betriebssteuer in den gewerbesteuerfreien Betrieben.**

| 1895/96 | 1896/97 | 1897/98 | 1898/99 | 1899/1900 |
|---|---|---|---|---|
| Mk. | Mk. | Mk. | Mk. | Mk. |
| 1020 | 1080 | 1210 | 1690 | 2160 |

Es unterlagen also der Steuer gewerbesteuerfreie Betriebe:

| 1895/96 | 1896/97 | 1897/98 | 1898/99 | 1899/1900 |
|---|---|---|---|---|
| 102 | 108 | 121 | 169 | 216 |

### 3. Die Wanderlagersteuer.

Die Wanderlagersteuer wurde eingeführt durch das Gesetz vom **27. Februar 1880** am 1. April 1880.

Die Steuer wird für die Gemeinde erhoben. Sie wird pro Woche erhoben (früher waren auch noch Wanderversteigerungen gestattet, die jedoch durch die neue Gewerbeordnung beseitigt und nur dann statthaft sind, wenn es sich um den schnellen Vertrieb schnell verderbender Waren handelt) und zwar beträgt dieselbe in größeren Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern 50 Mk., in kleineren Städten 40 Mk., in Städten von 2000 Einwohnern und darunter 30 Mk.

**Einnahmen aus der Wanderlagersteuer.**

| Jahr | Wanderlager-steuer Mk. | Jahr | Wanderlager-steuer Mk. |
|---|---|---|---|
| 1886/87 | 200 | 1893/94 | 500 |
| 1887/88 | 240 | 1894/95 | 700 |
| 1888/89 | 400 | 1895/96 | 350 |
| 1889/90 | 240 | 1896/97 | 200 |
| 1890/91 | 520 | 1897/98 | 150 |
| 1891/92 | 440 | 1898/99 | 450 |
| 1892/93 | 610 | 1899/1900 | 400 |

Daß die Wanderlagersteuer so geringe Beträge bringt, ist nicht wunderlich; sie soll ja dazu dienen, daß Wanderlagerverkäufe möglichst nicht mehr stattfinden.

Auch hier am Ende der Betrachtung der direkten Steuern wollen wir eine Tabelle einfügen, die die Summen enthält, welche die direkte Besteuerung während des Jahrhunderts gebracht hat, um auch hier

wieder ihre Entwicklung tabellarisch darzustellen und ihr Verhältnis zur Gesamtheit der Kommunalsteuern, dann der etatsmäßigen Einnahmen und schließlich zur Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen.

**Die direkte Besteuerung.**

| Jahr | Kommunalsteuer | Kommunaleinkommensteuer | Bürgerrechts-, Einzugs-, Hausstandsgelder | Grundsteuer | Gewerbe- und Betriebssteuer | Wanderlagersteuer | Summe | % der Einnahmen an Kommunalsteuern | % der etatsmäßigen Einnahmen | pro Kopf der Bevölkerung |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mk. | Mk. | Mk. | Mk. | Mk. | Mk. | Mk. | | | Mk. |
| 1832 | 64 373 | — | ? | — | — | — | 64 373 | ungefähr 77 | 34 | 2,57 |
| 1855 | — | 102 230 | 8223(1857) | — | — | — | 110 453 | 49 | 49 | 3,11 |
| 1860 | — | 119 826 | 8736 | — | — | — | 128 562 | 52 | 36 | 3,18 |
| 1865 | — | 158 655 | 9510 | — | — | — | 168 165 | 52 | 38 | 3,66 |
| 1870 | — | 254 015 | 2946 | 61 440 | — | — | 318 401 | 55 | 41 | 6,31 |
| 1874 | — | 341 310 | 3500 (?) | 72 966 | — | — | 417 776 | 67 | 38 | 7,22 |
| 1880/81 | — | 382 008 | 5781 | 130 503 | — | — | 518 292 | 66 | 36 | 7,19 |
| 1887/88 | — | 548 921 | 6812 | 191 460 | — | 240 | 747 433 | 64 | 32 | 8,69 |
| 1891/92 | — | 763 833 | — | 246 486 | — | 440 | 1 010 759 | 64 | 32 | 9,86 |
| 1895/96 | — | 1 087 766 | 7566 | 443 223 | 229 243 | 350 | 1 768 148 | 89 | 41 | 15.42 |
| 1899/1900 | — | 1 693 647 | Bürgerrechtgeld aufgehoben 1896/97 | 623 547 | 319 870 | 400 | 2 637 464 | 91 | 49 | 20,70 |

Zuschlag zur Staatssteuer

Die Tabelle zeigt klar, daß die direkte Besteuerung fast durchweg über die Hälfte der Einnahmen an Steuern überhaupt liefert, daß sie gar gegen Ende des Jahrhunderts nach dem Rückgang der indirekten Besteuerung fast die ganze Einnahme an Steuern allein ausmacht, daß ferner ihr Anteil an der Gesamteinnahme sich durch das ganze Jahrhundert fast gleich geblieben ist, wenigstens nur zwischen 32 und 49 % geschwankt hat, und daß dieser Anteil auch während der Blüte der indirekten Besteuerung doch immer größer war als der der letzteren. Die Belastung der Bevölkerung mit direkten Steuern ist vom Jahre 1832—1899/1900 ganz bedeutend gestiegen, indem nämlich der Kopfsatz an direkten Steuern 1899/1900 fast das zehnfache von dem aus dem Jahre 1832 ist.

Durch die folgende Tabelle wollen wir zeigen, daß der Einfluß der Kommunalsteuern auf die etatsmäßigen Einnahmen während des Jahrhunderts ein recht verschiedener war, daß der Prozentsatz einige Male sogar über 70 hinausging, daß aber allmählich dieser Prozentsatz eine absteigende Tendenz verfolgt. Hingegen steigt die Steuerquote pro Kopf der Bevölkerung stetig, so daß die vom Jahre 1832 nur gerade den 7. Teil derjenigen vom Jahre 1899/1900 ausmacht.



**Der Einfluſs der Kommunalsteuern auf die etatsmäſsigen Einnahmen und ihr Verhältnis zur Bevölkerung.**

| Jahr | An Kommunalsteuern wurden erhoben | Das sind % der etatsmäßigen Einnahmen | Pro Kopf der Bevölkerung wurden erhoben | Jahr | An Kommunalsteuern wurden erhoben | Das sind % der etatsmäßigen Einnahmen | Pro Kopf der Bevölkerung wurden erhoben |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mk. | | Mk. | | Mk. | | Mk. |
| 1832 | 85 751 | 46 | 3,43 | 1880/81 | 787 086 | 55 | 10,92 |
| 1855 | 200 341 | 73 | 5,65 | 1887/88 | 1 173 159 | 50 | 13,64 |
| 1860 | 240 257 | 68 | 5,94 | 1891/92 | 1 583 287 | 50 | 15,44 |
| 1865 | 313 128 | 71 | 6,81 | 1895/96 | 1 981 495 | 46 | 17,27 |
| 1870 | 517 699 | 67 | 9,86 | 1899/1900 | 2 894 032 | 54 | 22,72 |
| 1847 | 622 676 | 57 | 10,76 | | | | |

Betrachtet man das Verhältnis der Leistungen an direkten[1]) Staats- und Gemeindesteuern pro Kopf der Bevölkerung, so ergibt sich für die beiden letzten Dezennien des Jahrhunderts folgendes:

| Jahr | Auf den Kopf der Bevölkerung beträgt die Steuerleistung | | | Die Gemeindesteuerleistung beträgt % der Staatssteuerleistung (rund) | Jahr | Auf den Kopf der Bevölkerung beträgt die Steuerleistung | | | Die Gemeindesteuerleistung beträgt % der Staatssteuerleistung (rund) |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | an den Staat | an die Gemeinde | an beide zusammen | | | an den Staat | an die Gemeinde | an beide zusammen | |
| | Mk. | Mk. | Mk. | | | Mk. | Mk. | Mk. | |
| 1879/80 | 7,96 | 10,36 | 18,32 | 130 | 1890/91 | 9,69 | 13,87 | 23,56 | 141,5 |
| 1880/81 | 8,63 | 10,82 | 19,45 | 125 | 1891/92 | 10,53 | 14,24 | 24,77 | 138,4 |
| 1881/82 | 8,16 | 11,38 | 19,54 | 139 | 1892/93 | 14,69 | 15,62 | 30,31 | 108,4 |
| 1882/83 | 8,18 | 11,83 | 20,01 | 144 | 1893/94 | 14,45 | 16,68 | 31,13 | 113,9 |
| 1883/84 | 8,88 | 12,37 | 21,25 | 139 | 1894/95 | 14,63 | 16,78 | 31,41 | 113 |
| 1884/85 | 9,13 | 12,92 | 22,05 | 141 | 1895/96 | 12,21 | 15,29 | 27,50 | 126,62 |
| 1885/86 | 8,93 | 12,69 | 21,62 | 142 | 1896/97 | 12,58 | 19,24 | 31,82 | 155,93 |
| 1886/87 | 9,45 | 13,21 | 22,66 | 139 | 1897/98 | 12,48 | 19,59 | 32,07 | 156,97 |
| 1887/88 | 9,69 | 12,52 | 22,21 | 132 | 1898/99 | 13,01 | 20,03 | 33,04 | 153,96 |
| 1888/89 | 9,77 | 12,93 | 22,70 | 135 | 1899/1900 | 13,67 | 22,47 | 36,14 | 164,38 |
| 1889/90 | 9,66 | 13,60 | 23,26 | 139 | | | | | |

Wir haben erst mit dem Jahre 1879/80 begonnen, weil es, wie wir des öfteren hervorhoben, so sehr schwierig ist, vor diesem Jahre die einzelnen Steuern auseinander zu halten, d. h. die direkten von den indirekten zu trennen; das Material ist zu kärglich. Im Jahre

1879/80 beträgt die direkte Staatssteuerleistung pro Kopf 7,96 Mk., die Gemeindesteuerleistung 10,36 also fast $2^1/_2$ Mk. mehr; diese Kopfsätze steigen bis zum Jahre 1891/92 fast gleichmäßig, so daß die Staatssteuerleistung 10,53 Mk., die Gemeindesteuerleistung 14,24, d. h. also nur ungefähr $3^1/_2$ Mk. mehr als die Staatssteuerleistung.

Sofort aber mit der Einführung des neuen Einkommensteuergesetzes von 1891 schnellt die Staatssteuerleistung im Jahre 1892/93 um über 4 Mk. in die Höhe, d. h. auf 14,69 Mk., während die Gemeindesteuerleistung nur um etwas über 1 Mk. sich erhöht. Die Staatssteuerleistung hält sich dann bis zur Einführung des Abgabengesetzes von 1893 im Jahre 1895/96 auf der 1892/93 erreichten Höhe, um sofort nach der Einführung des Gesetzes von 1893 über 2 Mk. zurückzugehen und wesentlich nicht wieder zu steigen; die Gemeindesteuerleistung dagegen arbeitet sich vor der Einführung des Abgabengesetzes noch bis zu 16,78 empor, um dann mit der Einführung des Gesetzes auf 15,29 Mk. zurückzusinken, was auf die Unsicherheit der Erhebung zurückzuführen ist, da ja mit diesem Jahre ein vollständig neues Steuersystem in die Erscheinung tritt, sofort aber, nachdem diese Unsicherheit geschwunden, im Jahre 1896/97 mit 19,24 Mk. zu erscheinen und am Ende des Jahrhunderts 1899/1900 22,47 Mk. zu betragen.

Während also 1879/80 die Gemeindesteuerleistung an direkten Steuern rund 130 derselben Staatssteuerleistung betrug, war der Prozentsatz 1892/93 nur noch 108 — Folge des Einkommensteuergesetzes —, schnellte 1895/96 bei der Einführung des Abgabengesetzes von 1893 auf 126,62 und stieg bis zum Ende des Jahrhunderts rapid, nämlich bis 164,38.

Anschließend an diese Betrachtung bemerken wir, daß wir die städtische Mietsteuer, die in der Praxis bald zu den direkten, bald zu den indirekten gerechnet wird, zu den direkten der vorstehenden Tabelle gerechnet haben (auch das K. A. G. sieht in der Mietsteuer eine direkte (§ 23)) mit nachfolgender Begründung:

Ganz abgesehen davon, daß sie stets die Gemeindesteuer ist, die bezüglich der Höhe ihres Ertrages an zweiter Stelle, sofort nach der Einkommensteuer steht, weist die Mietsteuer, so wie sie stets in Halle erhoben wurde, während eines Zeitraumes von 20 Jahren, nämlich als 5 % vom Mietwerte jeder Mitwohnung, eher die Momente einer direkten Steuer auf, ja sie läßt sogar ein wichtiges Moment der indirekten Steuer vermissen, wobei wir, wie wir bemerken, uns streng an die Definition von Prof. Conrad [1]) halten, die wir vollständig anerkennen.

[1]) Conrad, Finanzwissenschaft, S. 19.



„Basiert man die Einteilung von direkten und indirekten Steuern auf das Grundprinzip, und bezeichnet die direkten als diejenigen, bei denen man von den Einnahmen (resp. Besitz) unmittelbar auf die Leistungsfähigkeit schließt, und stellt diesen diejenigen gegenüber, bei denen man von den Ausgaben auf die Einnahmen schließt und dadurch indirekt auf die Leistungsfähigkeit, so ist ohne Zweifel die Mietsteuer als eine indirekte aufzufassen“, wenn sie nämlich nach wissenschaftlichen Grundsätzen aufgelegt ist, und zwar so, daß man von der Ausgabe für Miete auf das Einkommen und damit auf die Leistungsfähigkeit einen Schluß ziehen kann. Man hat von jeher an der unumstößlichen Wahrheit festgehalten, daß je kleiner das Einkommen ist desto größer die Quote ist, die die Wohnungsmiete in Anspruch nimmt, daß also, wenn eine solche unwissenschaftliche und ungerechte Mietsteuer erhoben wird, diese Steuer in Hinblick auf das Einkommen in umgekehrtem Verhältnis zu der durch das Einkommen bedingten Leistungsfähigkeit steht, also wie eine umgekehrte progressive Einkommensteuer wirkt (Moment der direkten Steuer). Trotz dieser Einsicht zieht man einen falschen Schluß, oder besser, man zieht überhaupt keinen Schluß, und besteuert ohne jedwede Rücksicht auf das Verhältnis des Einkommens zur Ausgabe für Miete, also ohne Rücksicht auch auf die Leistungsfähigkeit, überall ganz gleich den Teil des Einkommens, den die Miete verschlingt. In dem Kapitel „die Entwicklung der Gemeindesteuern“ haben wir die Mietsteuer allerdings zu den indirekten gerechnet, wohin sie, wie wir schon sagten, gehört, wenn sie nach wissenschaftlichen Grundsätzen erhoben wird; wir wahren damit nur das Prinzip.

Interessant ist auch die Bemerkung Örtels in seiner „Städteordnung Liegnitz 1900“: „in Betreff von Steuern, wie der Mietsteuer, Hundesteuer und gewisser sogenannter Luxussteuern besteht keine gleichmäßige Praxis, nämlich in der Unterscheidung von direkten und indirekten Steuern.“ Uns scheint, als hätte man stets vor allen die Luxussteuern zu den indirekten gerechnet, was auch den Grundprinzipien entspricht; auch die Hundesteuer muß unbedingt in den Reigen der indirekten Steuern aufgenommen werden, denn was ist die Hundesteuer anders als eine Luxussteuer, was schon daraus hervorgeht, daß die „Hunde, die zum Gewerbe oder zur Bewachung unentbehrlich sind, dieser Steuer nicht unterliegen.“ Wer sich zu seinem Vergnügen einen Hund hält, hat zur Unterhaltung dieses Vergnügens Ausgaben zu machen, die nicht gering sind, und wer zu seinem Vergnügen nicht geringe Ausgaben machen kann, ist leistungsfähig.

Als Beilage geben wir nachfolgende Tabelle, aus der der Leser ersehen kann, wie die Stadt Halle während eines Zeitraumes von 11 Jahren 1869—80/81 bezüglich der Gemeindeabgaben eine gute Mitte hält zwischen den am höchsten und den am wenigsten belasteten angeführten 52 größten Städten Preußens.

## Vergleichende Übersicht der Gemeindeabgaben in den 52 größten Städten Preußens in den Jahren 1869, 1876, 1880/81, 1883, 1884.

Aus: „Beiträge zur Finanzstatistik der Gemeinden in Preußen. XVI. Erg.-Heft zur Zeitschr. d. Kgl. preuß. statist. Bureaus, Berlin 1884."

| Laufende Nr. | Stadt | Zivilbevölkerung nach der Volkszählung von | | | Es betrugen die Gemeindeabgaben | | | | | | | | Die Zunahme der Gemeindeabgaben von 1883/84 betrug gegen 1869 | | | Laufende Nr. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | im Jahre 1869 | | im Jahre 1876 | | im Jahre 1880/81 | | im Jahre 1883/84 | | überhaupt | pro Kopf | | |
| | | 1867 | 1875 | 1880 | überhaupt Mk. | pro Kopf[1]) Mk. | überhaupt Mk. | pro Kopf Mk. | überhaupt Mk. | pro Kopf Mk. | überhaupt Mk. | pro Kopf Mk. | % | % | Mk. | |
| 1 | Berlin | 740 715 | 947 353 | 1 102 209 | 10 206 030 | 13,78 | 20 725 701 | 21,88 | 22 968 121 | 20,84 | 24 480 041 | 22,21 | 139,9 | 61,2 | 8,43 | 1 |
| 2 | Breslau | 180 769 | 234 257 | 268 320 | 2 104 023 | 11,64 | 3 584 413 | 15,30 | 4 300 150 | 16,03 | 4 359 410 | 16,25 | 107,2 | 39,6 | 4,61 | 2 |
| 3 | Cöln | 118 535 | 130 142 | 139 180 | 1 502 273 | 12,67 | 2 908 320 | 22,35 | 3 257 723 | 23,41 | 3 100 000 | 22,27 | 106,3 | 75,8 | 9,60 | 3 |
| 4 | Königsberg | 99 477 | 116 545 | 134 470 | 1 066 062 | 10,72 | 1 193 555 | 10,24 | 1 504 704 | 11,19 | 1 539 200 | 11,45 | 44,4 | 6,8 | 0,73 | 4 |
| 5 | Frankfurt a. M. | 75 494 | 101 862 | 135 059 | 1 448 214 | 19,18 | 2 048 948 | 20,11 | 3 591 500 | 26,59 | 4 446 100 | 32,92 | 207,0 | 71,6 | 13,74 | 5 |
| 6 | Hannover | 67 126 | 99 984 | 117 570 | 443 895 | 6,61 | 1 043 911 | 10,44 | 1 197 991 | 10,19 | 1 339 809 | 11,40 | 201,8 | 72,5 | 4,79 | 6 |
| 7 | Danzig | 82 192 | 91 890 | 102 170 | 754 668 | 9,18 | 1 218 662 | 13,26 | 1 507 116 | 14,75 | 1 545 631 | 15,13 | 104,8 | 64,8 | 5,95 | 7 |
| 8 | Barmen | 64 923 | 86 469 | 95 915 | 608 682 | 9,38 | 1 258 084 | 14,55 | 1 407 092 | 14,67 | 1 303 915 | 13,59 | 114,2 | 44,9 | 4,21 | 8 |
| 9 | Elberfeld | 65 310 | 80 565 | 93 520 | 665 412 | 10,19 | 1 171 894 | 14,55 | 1 371 000 | 14,66 | 1 506 400 | 16,11 | 126,4 | 58,1 | 5,92 | 9 |
| 10 | Düsseldorf | 60 181 | 77 690 | 92 454 | 532 404 | 8,85 | 930 660 | 11,98 | 1 388 300 | 15,02 | 1 580 300 | 17,09 | 196,8 | 93,1 | 8,24 | 10 |
| 11 | Magdeburg | 71 096 | 81 542 | 91 221 | 443 325 | 6,24 | 846 669 | 10,38 | 1 022 970 | 11,21 | 1 117 075 | 12,25 | 152,0 | 96,3 | 6,01 | 11 |
| 12 | Altona | 65 537 | 82 146 | 89 252 | 785 553 | 11,99 | 1 177 988 | 14,34 | 1 342 717 | 15,04 | 1 435 250 | 16,08 | 82,7 | 34,1 | 4,09 | 12 |
| 13 | Stettin | 67 965 | 76 512 | 87 349 | 571 254 | 8,41 | 835 315 | 10,92 | 1 030 400 | 11,80 | 1 077 400 | 12,33 | 88,6 | 46,6 | 3,92 | 13 |
| 14 | Aachen | 66 974 | 78 489 | 84 490 | 664 224 | 9,92 | 1 141 449 | 14,54 | 1 427 226 | 16,89 | 1 434 850 | 16,98 | 116,0 | 71,2 | 7,06 | 14 |
| 15 | Crefeld | 53 806 | 62 875 | 73 867 | 460 824 | 8,56 | 847 025 | 13,47 | 1 225 400 | 16,59 | 1 362 000 | 18,44 | 195,6 | 115,4 | 9,88 | 15 |
| 16 | **Halle a. S.** | **47 580** | **59 901** | **70 851** | **430 059** | **9,04** | **697 317** | **11,64** | **738 840** | **10,43** | **842 420** | **11,89** | **95,9** | **31,5** | **2,85** | 16 |
| 17 | Dortmund | 33 429 | 57 719 | 66 512 | 240 315 | 7,19 | 646 844 | 11,21 | 529 000 | 7,95 | 832 120 | 12,51 | 246,3 | 74,0 | 5,32 | 17 |
| 18 | Posen | 46 514 | 55 333 | 60 836 | 412 899 | 8,88 | 568 357 | 10,27 | 713 066 | 11,72 | 786 413 | 12,93 | 90,5 | 45,6 | 4,05 | 18 |
| 19 | Essen | 40 659 | 54 763 | 56 024 | 282 240 | 6,94 | 861 977 | 15,74 | 419 709 | 7,37 | 651 911 | 11,45 | 131,0 | 65,0 | 4,51 | 19 |
| 20 | Kassel | 37 745 | 49 967 | 55 256 | 402 756 | 10,67 | 818 149 | 16,37 | 1 110 564 | 20,10 | 1 156 304 | 20,93 | 187,1 | 96,2 | 10,26 | 20 |
| 21 | Erfurt | 37 324 | 44 525 | 50 189 | 183 147 | 4,91 | 491 892 | 11,05 | 590 380 | 11,76 | 678 220 | 13,51 | 270,3 | 175,2 | 8,63 | 21 |
| 22 | Wiesbaden | 28 634 | 42 504 | 49 113 | 434 700 | 15,18 | 938 027 | 22,07 | 881 421 | 17,95 | 1 050 800 | 21,58 | 143,8 | 42,2 | 6,40 | 22 |
| 23 | Görlitz | 35 642 | 44 131 | 49 091 | 264 804 | 7,43 | 295 115 | 6,69 | 396 994 | 8,09 | 366 777 | 7,47 | 38,5 | 0,5 | 0,04 | 23 |
| 24 | Frankfurt a. O. | 38 451 | 44 318 | 48 347 | 262 380 | 6,82 | 412 292 | 9,30 | 498 003 | 10,30 | 516 200 | 10,68 | 96,7 | 56,6 | 3,86 | 24 |
| 25 | Potsdam | 35 879 | 39 021 | 42 144 | 276 372 | 7,70 | 623 332 | 15,97 | 665 653 | 15,79 | 725 370 | 17,21 | 162,5 | 123,5 | 9,51 | 25 |
| 26 | Duisburg | 25 753 | 37 375 | 41 240 | 193 443 | 7,51 | 666 188 | 17,82 | 756 000 | 18,33 | 732 873 | 17,77 | 278,9 | 136,6 | 10,26 | 26 |
| 27 | Kiel | 25 976 | 34 334 | 40 508 | 275 589 | 10,61 | 502 875 | 14,65 | 587 960 | 14,51 | 674 730 | 16,66 | 144,8 | 57,0 | 6,05 | 27 |
| 28 | München-Gladbach | 22 143 | 31 969 | 37 381 | 162 606 | 7,34 | 331 220 | 10,36 | 565 000 | 15,11 | 545 400 | 14,59 | 235,4 | 98,8 | 7,25 | 28 |
| 29 | Münster i. Westf. | 22 174 | 32 625 | 37 181 | 133 464 | 6,02 | 223 315 | 6,84 | 269 510 | 7,25 | 272 827 | 7,34 | 104,4 | 21,9 | 1,32 | 29 |
| 30 | Liegnitz | 19 184 | 30 230 | 35 964 | 126 303 | 6,58 | 146 610 | 4,85 | 232 164 | 6,46 | 271 642 | 7,55 | 115,1 | 14,7 | 0,97 | 30 |
| 31 | Elbing | 27 673 | 33 179 | 35 534 | 143 535 | 5,19 | 276 482 | 8,33 | 364 326 | 10,25 | 376 872 | 10,61 | 162,6 | 104,4 | 5,42 | 31 |
| 32 | Bochum | 14 985 | 28 345 | 33 415 | 92 517 | 6,17 | 252 794 | 8,92 | 305 395 | 9,14 | 429 369 | 12,85 | 364,1 | 108,3 | 6,68 | 32 |
| 33 | Bromberg | 25 180 | 29 701 | 32 398 | 261 210 | 10,37 | 329 495 | 11,09 | 438 808 | 13,54 | 413 299 | 12,76 | 58,2 | 23,0 | 2,39 | 33 |
| 34 | Osnabrück | 18 780 | 28 511 | 31 971 | 106 233 | 5,66 | 241 369 | 8,47 | 326 342 | 10,21 | 322 910 | 10,10 | 204,0 | 78,4 | 4,44 | 34 |
| 35 | Bonn | 22 957 | 27 382 | 30 844 | 249 237 | 10,86 | 507 613 | 18,54 | 590 550 | 19,15 | 600 410 | 19,47 | 140,9 | 79,3 | 8,61 | 35 |
| 36 | Charlottenburg | 14 848 | 25 678 | 30 282 | 139 779 | 9,41 | 342 645 | 13,34 | 321 905 | 10,63 | 395 505 | 13,06 | 183,0 | 38,8 | 3,65 | 36 |
| 37 | Halberstadt | 24 283 | 26 814 | 30 274 | 151 845 | 6,25 | 236 431 | 8,82 | 222 185 | 7,34 | 274 828 | 9,08 | 81,0 | 45,3 | 2,83 | 37 |
| 38 | Bielefeld | 18 180 | 26 008 | 30 124 | 114 183 | 6,28 | 246 435 | 9,48 | 315 833 | 10,48 | 315 500 | 10,47 | 176,3 | 66,7 | 4,19 | 38 |
| 39 | Remscheid | 19 954 | 26 054 | 30 022 | 149 946 | 7,51 | 347 594 | 13,34 | 402 945 | 13,42 | 791 206 | 26,35 | 427,7 | 250,9 | 18,84 | 39 |
| 40 | Flensburg | 19 870 | 24 900 | 29 218 | 274 767 | 13,83 | 404 342 | 16,24 | 337 985 | 11,57 | 537 902 | 18,41 | 95,8 | 33,1 | 4,58 | 40 |
| 41 | Stralsund | 25 482 | 26 189 | 27 920 | 104 670 | 4,11 | 186 936 | 7,14 | 166 492 | 5,96 | 244 468 | 8,76 | 133,6 | 113,1 | 4,65 | 41 |
| 42 | Königshütte | 11 001 | 26 014 | 27 485 | 84 870 | 7,71 | 290 022 | 11,15 | 291 456 | 10,00 | 297 103 | 10,81 | 250,1 | 40,2 | 3,10 | 42 |
| 43 | Brandenburg a. H. | 23 515 | 25 578 | 27 219 | 181 446 | 7,72 | 284 783 | 11,13 | 298 834 | 10,98 | 307 978 | 11,31 | 69,7 | 46,5 | 3,59 | 43 |
| 44 | Neustadt-Magdebg. | 18 413 | 23 861 | 26 861 | 73 179 | 3,97 | 177 097 | 7,42 | 219 516 | 8,17 | 235 360 | 8,76 | 221,6 | 120,7 | 4,79 | 44 |
| 45 | Coblenz. | 22 977 | 24 601 | 26 723 | 178 377 | 7,76 | 317 438 | 12,90 | 361 010 | 13,51 | 346 856 | 12,98 | 94,5 | 67,3 | 5,22 | 45 |
| 46 | Hagen i. Westfalen | 11 291 | 24 334 | 26 283 | 117 252 | 10,38 | 343 243 | 14,11 | 437 929 | 16,66 | 436 300 | 16,60 | 272,1 | 59,9 | 6,22 | 46 |
| 47 | Nordhausen | 19 624 | 23 565 | 26 184 | 99 630 | 5 08 | 328 699 | 13,95 | 313 570 | 11,98 | 340 950 | 13,02 | 242,2 | 156,3 | 7,94 | 47 |
| 48 | Guben | 18 552 | 23 124 | 25 310 | 87 399 | 4,71 | 141 406 | 6,12 | 188 176 | 7,43 | 198 780 | 7,85 | 127,4 | 66,7 | 3,14 | 48 |
| 49 | Spandau | 15 447 | 23 177 | 25 178 | 123 162 | 7,97 | 246 894 | 10,65 | 195 479 | 7,76 | 295 952 | 11,75 | 140,3 | 47,4 | 3,78 | 49 |
| 50 | Hildesheim | 18 302 | 21 398 | 24 708 | 86 388 | 4.72 | 172 568 | 8,06 | 201 933 | 8,17 | 203 600 | 8,24 | 135,7 | 74,6 | 3,52 | 50 |
| 51 | Kottbus | 16 639 | 21 486 | 24 419 | 86 379 | 5,19 | 241 862 | 11,26 | 208 850 | 8,55 | 236 701 | 9,69 | 174,0 | 86,7 | 4,50 | 51 |
| 52 | Mühlhausen i. Th. | 17 172 | 20 489 | 23 008 | 26 391 | 1,54 | 139 767 | 6,82 | 203 193 | 8,83 | 226 058 | 9,83 | 756,6 | 538,3 | 8,29 | 52 |

[1]) Selbstverständlich haben diese Durchschnittsbeträge pro Kopf nicht die praktische Bedeutung, den wirklichen Durchschnitt aus denjenigen Beträgen darzustellen, mit denen die steuerzahlenden Bewohner der betreffenden Orte zu den Abgaben herangezogen werden, denn die Gesamtzahl der Bevölkerung ist nicht mit der der Steuerzahler identisch, vielmehr bildet letztere nur einen kleinen Bruchteil der ersteren. Angenommen in einer Stadt mit 10 000 Einwohnern werden 100 000 Mk. Abgaben erhoben, so würde sich der Durchschnittsbetrag pro Kopf auf 10 Mk. stellen; in Wahrheit sind aber vielleicht nur 2000 Menschen in der Stadt Steuerzahler, so daß der Abgabendurchschnittsbetrag sich auf 50 Mk. stellt. Es verhalten sich demnach die wirklichen Steuerdurchschnittsbeträge zu den Durchschnittsbeträgen pro Kopf der Bevölkerung wie die Gesamtzahl der Bevölkerung zu der Anzahl der wirklichen Steuerzahler.

Zum Vergleich der Steuerverhältnisse der Stadt Halle mit denen der anderen größeren Städte Preußens lassen wir nachstehende Übersicht, das Ergebnis einer von dem statistischen Amte der Stadt Magdeburg veranstalteten Erhebung, folgen. Der Vergleich fällt für die Stadt nicht ungünstig aus, denn der Steuerkraft nach, die in der auf den

**Übersicht der Steuerverhältnisse 23 größerer Städte zum Vergleich mit**

| Laufende Nummer | Städte | Zuschläge zu den staatlich veranlagten Steuern | | | | | | | | | Seelenzahl nach der Personenstandsaufnahme | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Einkommensteuer | | | Gebäudesteuer | | | Gewerbesteuer | | | | |
| | | 1896/97 % | 1897/98 % | 1898/99 % | 1896/97 % | 1897/98 % | 1898/99 % | 1896/97 % | 1897/98 % | 1898/99 % | 1896/97 | 1897/98 |
| | 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | 7. | 8. | 9. | 10. | 11. | 12. |
| 1 | Wiesbaden | 90 | 90 | 90 | 112½ | 112½ | 112½ | 112½ | 112½ | 112½ | 73 067 | 75 062 |
| 2 | Kassel | 96 | 96 | 96 | 136 | 136 | 136 | 136 | 136 | 136 | 79 373 | 82 129 |
| 3 | Potsdam | 105 | 105 | 100 | 155 | 155 | 155 | 100 | 100 | 100 | 57 988 | 57 505 |
| 4 | Düsseldorf | 140 | 140 | 140 | 166⅔ | 166⅔ | 166⅔ | 190 | 190 | 190 | 173 897 | 182 197 |
| 5 | Essen | 150 | 150 | 180 | 200 | 200 | 200 | 4. Kl. 166⅔ / 200 | dasselbe / 200 | 200 | 95 117 | 100 539 |
| | | | | | | | | 1. 2. 150 / 3. 4. 135 | 1. 200 / 3. 150 | 2. 180 / 4. 135 | | |
| 6 | Aachen | 100 | 100 | 110 | 135 | 125 | 145 | — | — | — | 108 905 | 127 399 |
| 7 | **Halle a. S.** | **120** | **120** | **120** | **150** | **145½** | **145** | **150** | **148½** | **145** | **115 922** | **119 925** |
| 8 | Magdeburg | 112½ | 112½ | 118 | 133⅓ | 133⅓ | 140 | 133⅓ | 133⅓ | 140 | 213 133 | 217 410 |
| 9 | Stettin | 110 | 114 | 120 | 165 | 171 | 180 | 165 | 171 | 180 | 132 309 | 141 366 |
| 10 | Elberfeld | 176 | 176 | 176 | 165 | 163 | 163 | 165 | 163 | 163 | 135 406 | 140 135 |
| 11 | Breslau | 122 | 115 | 125 | 150 | 135 | 142 | 150 | 135 | 142 | 368 189 | 384 643 |
| 12 | Erfurt | 110 | 116 | 116 | 136 | 140 | 140 | 136 | 140 | 140 | 78 446 | 81 863 |
| 13 | M.-Gladbach | 150 | 140 | 145 | 153 | 140 | 145 | 153 | 140 | 145 | 52 996 | 54 226 |
| 14 | Barmen | 180 | 156 | 168 | 165 | 153 | 159 | 165 | 153 | 159 | 126 457 | 129 956 |
| 15 | Görlitz | 90 | 90 | 90 | 135 | 135 | 135 | 135 | 135 | 135 | 67 558 | 74 996 |
| 16 | Posen | 132 | 132 | 142 | 132 | 132 | 142 | 132 | 132 | 142 | 71 117 | 70 857 |
| 17 | Königsberg i. Pr. | 180 | 170 | 170 | 165 | 160 | 160 | 165 | 160 | 160 | 171 406 | 173 937 |
| 18 | Duisburg | 138 | 145 | 200 | 170 | 160 | 200 | 170 | 160 | 200 | 68 746 | 72 884 |
| 19 | Kiel | 175 | 180 | 180 | 230 | 230 | 230 | 125 | 150 | 150 | 86 016 | 88 276 |
| 20 | Bochum | 158 | 150 | 150 | 154 | 150 | 150 | 154 | 150 | 150 | 53 478 | 55 537 |
| 21 | Liegnitz | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 51 027 | 51 926 |
| 22 | Frankfurt a. O. | 156 | 156 | 156 | 156 | 156 | 156 | 156 | 156 | 156 | 58 645 | 59 135 |
| 23 | Danzig | 188 | 188 | 188 | 182 | 182 | 182 | 160 | 144 | 144 | 125 002 | 126 989 |



Kopf der Bevölkerung berechneten Staatssteuerleistung in Spalte 21 zum Ausdruck kommt, nimmt dieselbe unter den in Betracht gezogenen 23 Städten die 7. Stelle ein; in Bezug auf die Inanspruchnahme der Steuerkraft für kommunale Zwecke, wie Spalte 23 ergibt sogar die 5. Stelle, wobei die am wenigsten belastete als 1. gedacht ist.

**denen der Stadt Halle a. S. allein während der Jahre 1896/97—1898/99.**

| Einkommensteuer-Soll | | Ergänzungssteuer-Soll | | Auf den Kopf der Bevölkerung beträgt: Einkommensteuer | | Ergänzungssteuer | | Steuerleistung 1897/98 pro Kopf der Bevölkerung | | Die Gemeindesteuerleistung beträgt % der Staatssteuerleistung | Laufende Nummer |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1896/97 Mk. | 1897/98 Mk. | 1896/97 Mk. | 1897/98 Mk. | 1896/97 Mk. | 1897/98 Mk. | 1896/97 Mk. | 1897/98 Mk. | an den Staat (18+20) Mk. | an die Gemeinde Mk. | | |
| 13. | 14. | 15. | 16. | 17. | 18. | 19. | 20. | | | | |
| 1 369 318 | 1 461 996 | 418 210 | 439 194 | 18,74 | 19,61 | 5,72 | 5,85 | 25,46 | 36,45 | 143 | 1 |
| 991 380 | 1 067 684 | 199 906 | 205 166 | 12,49 | 13,00 | 2,52 | 2,50 | 15,50 | 31,05 | 200 | 2 |
| 653 938 | 675 632 | 144 951 | 150 768 | 11,28 | 11,75 | 2,50 | 2,62 | 14,37 | 23,01 | 160 | 3 |
| 1 760 371 | 1 944 856 | 434 555 | 474 369 | 10,12 | 10,95 | 2,50 | 2,60 | 13,55 | 24,92 | 184 | 4 |
| 1 107 008 | 1 176 886 | 166 987 | 177 017 | 11,64 | 11,71 | 1,76 | 1,76 | 13,47 | 25,61 | 190 | 5 |
| 1 090 478 | 1 427 164 | 221 942 | 288 003 | 10,01 | 11,20 | 2,04 | 2,26 | 13,46 | 25,09 | 186 | 6 |
| **1 221 145** | **1 251 743** | **246 555** | **252 250** | **10,53** | **10,44** | **2,13** | **2,10** | **12,54** | **20,33** | **162** | 7 |
| 2 212 059 | 2 235 202 | 398 478 | 391 931 | 10,38 | 10,28 | 1,87 | 1,80 | 12,08 | 22,20 | 184 | 8 |
| 1 360 873 | 1 439 702 | 217 842 | 224 077 | 10,29 | 10,18 | 1,65 | 1,59 | 11,77 | 23,07 | 196 | 9 |
| 1 240 427 | 1 371 687 | 250 108 | 255 041 | 9,23 | 9,79 | 1,85 | 1,82 | 11,61 | 26,51 | 228 | 10 |
| 2 997 904 | 3 328 552 | 604 090 | 605 372 | 8,14 | 8,65 | 1,64 | 1,57 | 10,22 | 24,26 | 237 | 11 |
| 641 055 | 686 587 | 118 200 | 123 675 | 8,17 | 8,39 | 1,51 | 1,51 | 9,90 | 17,92 | 181 | 12 |
| 414 833 | 447 876 | 80 912 | 83 796 | 7,83 | 8,26 | 1,53 | 1,55 | 9,81 | 19,15 | 195 | 13 |
| 944 690 | 1 043 527 | 184 826 | 192 347 | 7,47 | 8,03 | 1,46 | 1,48 | 9,51 | 22,23 | 234 | 14 |
| 530 028 | 591 821 | 114 405 | 119 541 | 7,85 | 7,89 | 1,69 | 1,59 | 9,48 | 14,32 | 151 | 15 |
| 537 992 | 546 508 | 82 526 | 82 859 | 7,56 | 7,71 | 1,16 | 1,17 | 8,88 | 20,86 | 235 | 16 |
| 1 159 941 | 1 254 527 | 201 378 | 209 492 | 6,77 | 7,21 | 1,17 | 1,20 | 8,41 | 21,44 | 255 | 17 |
| 447 872 | 519 391 | 77 255 | 83 837 | 6,51 | 7,13 | 1,12 | 1,15 | 8,28 | 18,18 | 220 | 18 |
| 600 702 | 611 979 | 103 561 | 104 083 | 6,98 | 6,93 | 1,20 | 1,18 | 8,11 | 22,33 | 275 | 19 |
| 359 168 | 378 049 | 47 530 | 49 449 | 6,72 | 6,81 | 0,89 | 0,89 | 7,70 | 16,26 | 211 | 20 |
| 305 749 | 323 022 | 69 912 | 71 756 | 5,99 | 6,22 | 1,37 | 1,38 | 7,60 | 10,99 | 145 | 21 |
| 347 562 | 349 187 | 66 829 | 66 582 | 5,93 | 5,90 | 1,14 | 1,13 | 7,03 | 16,16 | 230 | 22 |
| 689 545 | 716 675 | 117 561 | 117 494 | 5,52 | 5,64 | 0,94 | 0,93 | 6,57 | 18,77 | 286 | 23 |

# Vita.

Natus sum Hugo Allendorf duodecimo die mensis Aprilis a. s. p. MDCCCLXXIX in urbe Borussiae, quae vocatur Leucopetra et ad Salam flumen sita est, patre Hugo, matre Maria, e gente Boerner. Parentes adhuc vivere gaudeo. Fidem profiteor evangelicam. Elementis litterarum in progymnasio urbis patriae institutus Hallas me contuli, ubi in scholam, quae vocatur Latina, receptus sum. Qua in schola maturitatis testimonium adeptus per duos annos Halis, deinde sex menses Lipsiae, deinde iterum Halis per unum annum studiis oeconomicae politicae et jurisprudentiae me dedidi, quae nunc confeci.

Institutionibus usus sum virorum illustrium.

Halensium: Conrad, Endemann, Haym, Heck, Kähler, Lastig, Liepmann, Liszt, Loening, Riehl, Sommerlad, Uphues, Vaihinger.

Lipsiensium: Bücher, Eulenburg, Stieda.

Quibus omnibus viris praeclarissimis gratias ago quam maximas, praesertim viro doctissimo et humanissimo J. Conrad, qui semper consilio me adiuvit et huic dissertationi componendae amabiliter favit.

Lippert & Co. (G. Pätz'sche Buchdr.), Naumburg a. S.

END OF
TITLE